



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Roland Christen begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und die Medienvertretenden und speziell das neue Stadratsmitglied, Herr Peter Moser (FDP), welcher heute erstmals den Platz der per 31. Juli 2011 aus dem Stadtrat zurückgetretenen Frau Florinda Wallkamm-Mauricio (FDP) einnehme.

Mit Schreiben vom 20. Juli 2011 (eingegangen am 3. August 2011) habe Frau Florinda Wallkamm-Mauricio ihren Rücktritt als Stadträtin per Ende Juli 2011 bekannt gegeben.

Mit den besten Wünschen für die Zukunft danke er Frau Wallkamm-Mauricio für ihr wertvolles und tatkräftiges Engagement in den vergangenen 10 ½ Jahren.

Florinda Wallkamm
Geissbergweg 50
4900 Langenthal

EINGEGANGEN

03. AUG. 2011

Stadtverwaltung Langenthal
Stadtratspräsident
Herr Roland Christen
Jurastrasse 22
4900 Langenthal

Langenthal, 20. Juli 2011

Sehr geehrter Stadtratspräsident

Vor etwas mehr als zehn Jahren wurde ich vom Langenthaler Stimmvolk in den Stadtrat gewählt. Es war eine sehr spannende und lehrreiche Zeit, welche ich nicht missen möchte.

Aufgrund der zunehmenden beruflichen Arbeitsbelastung, gebe ich hiermit meinen Rücktritt als Stadträtin per Ende Juli bekannt.

Ich wünsche Ihnen sowie allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern viele anregende und konstruktive Diskussionen für eine prosperierende Zukunft unserer Stadt Langenthal.

Mit freundlichen Grüssen

Florinda Wallkamm

Im Namen des Stadtrates gratuliere er Stadtrat Daniel Steiner (EVP) sowie dessen Frau Maria Steiner-Brütsch herzlich zur Geburt ihres Sohnes Noël Dan, welcher am Sonntag, 14. August 2011, das Licht der Welt erblickt habe.

Zugegebenermassen angenehmer und vielleicht unterhaltsamer wäre es, den heutigen schönen heissen Sommerabend zuhause oder in einem Gartenrestaurant zu verbringen, als im Ratsaal zu politisieren. Im Laufe des Abends werde die Sitzung für eine 20-minütige Verpflegungspause unterbrochen. Die Länge der Traktanden und somit die Länge des Abends werde vom Parlament aufgrund der Voten und Stellungnahmen bestimmt. Die Traktandenliste werde aufgrund wichtiger und gewichtiger Projekte sowie Vorstössen (Motionen, Postulate, Interpellationen) festgesetzt. Als Präsident führe er die Versammlung nach bestem Wissen und Gewissen. Im Übrigen werde sich die Geschäftsprüfungskommission nur noch zu Geschäften äussern, zu denen eine Stellungnahme nötig sei.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **32** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **8** Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.¹
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Stadtratspräsident Roland Christen: Im Namen des Stadtrates wünsche er dem aus gesundheitlichen Gründen abwesenden Stadratsmitglied Fritz Fiechter (SP) alles Gute.

Die rechtzeitig verschickte **Traktandenliste erfahre eine Änderung**, da Herr Stadtrat Ralph Burlon das für die heutige Sitzung traktandierte "*Postulat Burlon Ralph (SVP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Überprüfung/Optimierung der heutigen Aktenauflage*" mit Mail vom 19. August 2011 zurückgezogen habe. **Das Traktandum Nr. 13 der heutigen Sitzung falle somit weg.**

Bevor die Beratungen aufgenommen werden, erteile er dem Stadtpräsidenten Thomas Rufener das Wort.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Unter dem Titel "*Freuden und Leiden*" dürfe er als Stadtpräsident Langenthals sehr viele positive Erfahrungen machen - gelegentlich gebe es auch Sachen, die weniger erfreulich seien. In diesem Zusammenhang bringe er einen Vorfall - namentlich in Bezug auf die Aufbewahrungspflicht von Abstimmungsunterlagen - zur Sprache. Es sei bekannt, dass der städtischen Verwaltung Langenthal ein fataler Fehler passiert sei, der eigentlich nicht vorkommen dürfte. In Namen des Gemeinderates und im Namen der städtischen Verwaltung bitte er auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, den bedauerlichen Vorfall zu entschuldigen. Der Fehler sei nicht mehr rückgängig zu machen und müsse akzeptiert werden. Der Gemeinderat habe eine interne Untersuchung angeordnet. Eine externe vom Kanton durchzuführende Untersuchung werde voraussichtlich durch den Regierungsrat vorgenommen.

Die durch diesen Vorfall entstandenen politischen Konsequenzen seien brisant. Der Bogen sei in aller Breite gespannt - angefangen damit, dass es um Motorfahrzeugsteuern im Umfang von gut Fr. 100 Mio. jährlich gehe und, dass es um einen knappen Ausgang einer Volksabstimmung, die am 12./13. Februar 2011 durchgeführt worden sei, gehe. Das Resultat habe zu einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht geführt, worauf entschieden worden sei, eine Nachzählung - mit der einzigen Begründung, dass der Ausgang der Abstimmung knapp sei - durchzuführen. Langenthal sei eine von 30 Gemeinden, die das Abstimmungsmaterial zu früh vernichtet habe, womit die Nachzählung nicht mehr überall möglich sei. Der Regierungsrat habe in seiner Sitzung vom Mittwoch, 17. August 2011 mit Bezug auf diese Sachlage eine Wiederholung der Volksabstimmung am 10./11. März 2012 angeordnet.

Persönlich sehr betroffen habe ihn den von Medienschaffenden geäusserten Generalverdacht, dass in den Gemeinden, in denen das Material nicht mehr vorhanden sei, besonders genau hingeschaut werden müsse, weil die Vermutung einer absichtlichen Manipulation am Abstimmungsprozess nicht fern liege. Diese Angelegenheit sehr ernst nehmend, bedaure er den unglücklichen Vorfall zu tiefst. Die interne, wie auch die externe Untersuchung seien ihm sehr wichtig. Ohne den Fehler Langenthals relativieren zu wollen, sei er aber auch interessiert, Antworten auf die Frage zu erhalten, warum im Kanton Bern 30 Gemeinden (fast 10%) das Abstimmungsmaterial zu früh vernichtet haben.

Es gelte sich durch diesen Vorfall nicht paralysieren zu lassen. Die städtische Verwaltung habe nach wie vor wichtige Aufgaben zu erfüllen, was sie auch tue.

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Traktanden Nr. 1 sind **32**, zu Traktanden Nrn. 2 + 3 sind **33**, zu Traktanden Nm. 4 - 9 sind **34** und ab Traktandum Nr. 10 sind **33** Stadträtinnen und Stadträte anwesend



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. **Gemeinderechnung 2012; Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2012 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Lukas Felber, GPK-Mitglied: Der Stadtrat habe auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission den Auftrag für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt jährlich zu vergeben. Da es sich dabei um einen Dienstleistungsauftrag handle, der nur auf ein Jahr begrenzt sei und deutlich unter dem Schwellenwert von Fr. 100'000.00 liege, unterliege die Auftragsvergabe keinem formalen Submissionsverfahren. Die Geschäftsprüfungskommission habe aber trotzdem beschlossen, ein Vergabeverfahren in Anlehnung an die Vorschriften des öffentlichen Beschaffungswesens durchzuführen und habe dafür ein detailliertes Pflichtenheft mit definierten Eignungs- und Zuschlagskriterien erlassen, um ein transparentes und nach objektiven Kriterien geführtes Verfahren durchführen zu können. Dem Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission (Frau Mirjam Tschumi Walder und Frau Gaby Heiniger) danke er namens der Geschäftsprüfungskommission herzlich für die grosse Unterstützung.

Von 10 angeschriebenen Firmen, seien 6 Angebote eingegangen. Die Gfeller + Partner AG, habe als einzige der 5 angeschriebenen Lokalanbieterinnen eine Offerte eingereicht, wobei es sich aber nur um eine Teillofferte (Bereich Pensionskasse) gehandelt habe. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit dieser Teillofferte auseinandergesetzt und aus Fairnessgründen gegenüber den anderen lokalen Anbietenden beschlossen, diese - gemäss Pflichtenheft - unvollständige Offerte im weiteren Verfahren nicht zu berücksichtigen. Die Gfeller + Partner AG sei von der Geschäftsprüfungskommission entsprechend schriftlich informiert worden.

Die Eignungskriterien seien von allen 5 im Verfahren verbliebenen Angeboten erfüllt worden. Bei den Zuschlagskriterien habe es gewisse Unterschiede gegeben. Die Rangliste sei in den Auflageakten einsehbar gewesen. Die Geschäftsprüfungskommission habe schliesslich die zwei best platzierten Firmen zur Offertenpräsentation eingeladen und dabei zwei völlig verschiedene Präsentationen erlebt. Während die Ernst & Young AG, Bern, mit einem sehr erfahrenen Team - insbesondere im Bereich HRM2 (neuer Rechnungslegungsstandard) - und einem echten Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Verwaltung, angetreten sei, habe sich die reoplan treuhand ag, Schönbühl - trotz ihrer Erfahrung mit vielen bernischen Kleingemeinden - schlechter präsentiert. Der Geschäftsprüfungskommission sei der Verdacht entstanden, dass es der reoplan treuhand ag lediglich darum gegangen sei, einen Auftrag zu fischen, um eine Referenz - insbesondere im Pensionskasensbereich und im Bereich einer Stadt - zu erhalten. Ausserdem habe die reoplan treuhand ag 53 Stunden weniger offeriert. Diesen Wert zu einem üblichen Stundenansatz gerechnet, führe zu einem Preis von Fr. 10'600.00, womit der auf den ersten Blick günstigste Preis relativiert werde.

Die Geschäftsprüfungskommission sei überzeugt, mit der Ernst & Young AG, Bern die richtige Partnerin gefunden zu haben, so dass die Stadt davon profitieren könne. In diesem Sinne hoffe die Geschäftsprüfungskommission, dass der Stadtrat dem vorliegenden Antrag zustimme.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Ernst & Young AG, Bern erhält den Auftrag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Gemeinderechnungen (Rechnungen der Stadt sowie der Vormundschaftsdepots) und der Rechnung der städtischen Pensionskasse des Jahres 2012 nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum offerierten pauschalen Angebotspreis brutto (inkl. MWSt) von jährlich Fr. 39'000.00.**
- 2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
 - Geschäftsprüfungskommission
-



2. Finanz- und Investitionsplan 2012 - 2016; Kenntnisnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Roland Christen informiert, dass Gemeinderat Jürg Häusler in seinem Referat nebst dem Finanz- und Investitionsplan gleichzeitig auch den Voranschlag 2012 vorstellen werde. Damit habe die folgende Präsentation auch für das Traktandum Nr. 3 Gültigkeit, was im Protokoll entsprechend festgehalten werde. Die Stadträtinnen und Stadträte seien gebeten in der nun folgenden Beratungsrunde zum Traktandum Nr. 2 noch keine Stellungnahmen und Anträge zum Voranschlag 2012 (Traktandum Nr. 3) abzugeben.

Gemeinderat Jürg Häusler:¹ Zur Zeit werde viel über die Finanzen und die Wirtschaftsentwicklung gesprochen. Die Schlagzeilen seien von Unsicherheit, Hilflosigkeit und Konsternation geprägt. Die Welt sei seit der Fukushima-Katastrophe (anfangs März 2011) anders und verändere sich seit Juni weiter, weil sich wieder eine Wirtschaftskrise abzeichne. Zitat von Herrn Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), von vergangendem Samstag: *"Die Zeichen für eine Krise sind da und sie wird kommen!"*

Was zugegebenermassen angesichts der heute herrschenden Temperatur etwas schwierig sei, sei es trotz Allem wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren, wachsam zu bleiben, und die Situation immer wieder neu zu beurteilen. Er werde in seiner Präsentation an verschiedenen Stellen entsprechende Hinweise anbringen.

Wie Stadtratspräsident Roland Christen erwähnt habe, habe er die Themen Finanz- und Investitionsplanung und Gemeindevoranschlag 2012 in einer gemeinsamen Präsentation zusammengefasst.

In seiner Präsentation erläutere er vorweg den Finanzplan, welcher schliesslich als Grundlage für den Voranschlag diene und gleich anschliessend den Gemeindevoranschlag 2012, womit die Gesamtpräsentation für das Traktandum Nr. 2 sowie für das Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung für das Protokoll verwendet werde.



¹ Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Gemeinderat Jürg Häusler, ist mit der im Traktandum Nr. 3 "Gemeindevoranschlag 2012" protokollierten identisch.



Richtlinien der Regierungstätigkeit

- **Ausgeglichene Rechnung:** bei Investitionen von Fr. 4 Mio./Jahr und bisherigen ordentlichen Konsumausgaben
- **Eingetretene Vermehrung des Eigenkapitals 2007, 2008 und 2009** wird zur Senkung der Steueranlage eingesetzt
- **Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien** wird ausschliesslich für Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen verwendet
- **Die zusätzlichen (übrigen) Abschreibungen** werden auf maximal Fr. 3,6 Mio. begrenzt.

Seit letztem Jahr gebe es den Punkt der zusätzlichen (übrigen) Abschreibungen.

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Bei einem Aufwand von fast Fr. 100 Mio. könne bei einem Aufwandüberschuss von Fr. 627'000.00 (nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen aus den Mehrinvestitionen sowie nach Neutralisation der Steuersenkung eines Anlagezehntels) von einem fast ausgeglichenen Ergebnis gesprochen werden. Fr. 627'000.00 seien rund 0,6%, was innerhalb der Budgetgenauigkeit liege.

Bei Betrachtung der Aufwandüberschüsse der Folgejahre sei ersichtlich, dass diese hauptsächlich durch Investitionen begründet seien. Durch die verschlechterte Wirtschaftslage werden aber auch die Planzahlen (Einsparpotential) ab 2013 einer näheren Untersuchung unterzogen.

Auch nach Neutralisation der Steuersenkung aus dem Eigenkapitalüberschuss und den zusätzlichen Investitionen in die Werterhaltung und in die Zukunft, werde die Strategie einer ausgeglichenen Rechnung zunehmend schwieriger einzuhalten sein. Aus diesem Grund werde der Gemeinderat im kommenden Herbst mit der Finanzkommission Gespräche über allenfalls zu treffende Massnahmen führen.

Auch wenn die Steueranlage auf 1.48 festgesetzt wäre und die Investitionsquote Fr. 4 Mio. (wie vor dem onyx-Verkauf) betragen würde, würden daraus Aufwandüberschüsse und somit ein strukturelles Defizit resultieren. Der Finanzplan sei ein rollendes Planungsinstrument, was heisse, dass die Situation immer wieder neu beurteilt werden müsse und werde. Wichtig und klar sei auch, dass die Hausaufgaben von allen (Gemeinderat sowie Stadtrat) gemacht werden müssen.

Finanzplan

Ergebnisse

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Beträge in Fr. 1'000.-							
Steueranlage	Rechnung 1.43	Voranschlag 1.38	Voranschlag 1.38	Prognose 1.38	Prognose 1.38	Prognose 1.38	Prognose 1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	92'593	93'235	98'660	101'618	103'282	104'660	105'528
Total Ertrag	89'731	87'000	91'173	91'902	92'316	92'964	93'707
Aufwandüberschuss							
Inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	2'862	6'235	7'487	9'716	10'966	11'696	11'821
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	2'158	4'204	4'640	4'743	4'777	4'510	4'020
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	1'010	2'160	2'220	2'240	2'280	2'320	2'360
Ertrags (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	-306	-129	627	2'733	3'909	4'866	5'441

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

stadtlangenthal

Finanzplan

Prognosen – Entwicklung jährliche Zuwachsraten

	2013	2014	2015	2016
Einkommenssteuern NP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %
Vermögenssteuern NP	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Gewinnsteuern JP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %
Kapitalsteuern JP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Eine Grundlage der Finanzplanung bestehe aus der Steuerseite. Diese sei gegenüber den Vorjahren bereits leicht reduziert worden. Der Wirtschaftsentwicklung müsse natürlich und insbesondere im sich verschlechternden Umfeld gebührend Beachtung geschenkt werden. Andererseits müsse aber auch eine gewisse Stetigkeit in die Planung gebracht werden. Über Jahre betrachtet, ergeben sich Spitzen und Dellen. Überreaktionen seien zu vermeiden.

Weitere Grundlagen der Finanzplanung:

Der Gemeinderat gehe nach wie vor von einem moderaten Bevölkerungswachstum aus. Auch die Teuerungsrate sei gegenüber dem letzten Jahr gleich belassen worden. Die Aktiv- und Passivzinsen seien jeweils um 1/2% bzw. 1% reduziert worden. Auch der Personalaufwand sei gegenüber den Vorjahren um 1/2% reduziert worden. Der Sachaufwand sei gegenüber den Vorjahren um 1% reduziert worden.

Bereits zu Beginn des Budgetprozesses sei mit reduzierten Planwerten gearbeitet worden.

stadtlangenthal

Finanzplan

Lastenverteiler und Finanzausgleich jährliche Belastungen, in TFr.

	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Filpa 2013	Filpa 2014	Filpa 2015	Filpa 2016
Beträge in TFr.									
Öffentlicher Verkehr	1'262	1'181	1'247	1'380	1'542	1'667	1'650	1'851	1'931
Finanzausgleich	-68	179	696	250	-1'184	-1'679	-1'410	-1'626	-1'639
Aufgabenstellung Gde./Kanton	0	0	0	0	1'316	1'320	1'400	1'404	1'414
Familienzulage	0	0	0	207	60	60	60	60	60
El. Netz / AV	2736	2819	2984	2'240	2'121	2'215	2'415	2'550	2'723
Unterhalt Gemeindestrassen	-282	-285	-263	-307	0	0	0	0	0
Feinsorge	5'436	5'454	5'392	6'400	6'443	7'830	7'930	7'850	8'040
Schuldenermächtlicher Zuschuss	0	0	0	0	-300	-300	-300	-300	-300
Lehrerbeförderungen	5'136	5'069	5'129	5'240	5'217	5'335	5'470	5'555	5'645
Total	13'740	14'417	15'785	16'420	16'219	17'688	18'215	18'546	18'976

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Finanzplan

Zusammenzug Prognosewerte jährliche Zuwachsraten

	2013	2014	2015	2016
Mittlere Wohnbevölkerung	15'350	15'450	15'500	15'600
Teuerungsrate	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Aktivzinsen	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %
Passivzinsen	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Personalaufwand	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Sachaufwand	0.50 %	0.50 %	0.50 %	0.50 %

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Die Übersicht zeige, dass die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme laufend zunehmen.

Die neue Gesetzgebung (FILAG 2012) bringe in der Struktur des Ganzen gewisse Veränderungen: Einerseits werden neue Regelungen getroffen, was die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden anbetreffe. Andererseits erhalte die Stadt Langenthal, aufgrund ihrer speziellen soziographischen Entwicklung, mehr aus dem ganzen Lastenausgleich. Langenthal habe viele A-Kunden zu verzeichnen (Asylanten, Ausgesteuerte, Arbeitslose). Gegenüber anderen Gemeinden im Kanton Bern sei Langenthal diesbezüglich überdurchschnittlich dotiert.

Für Langenthal bringe das eine kurzfristige Entspannung. Aber auch in diesem Bereich müssen die Mehrbelastungen in den weiteren Jahren genauer unter die Lupe genommen werden.

Der FILAG sei ein relativ komplexes Konstrukt, welcher vom eigenen Steuerertrag abhängt, der vom Steuerertrag des Kantons abhängt - der wiederum vom Steuerertrag des Bundes abhängt. Diese Zahlen seien relativ spät bekannt, weshalb sich die Planung der jeweiligen Jahre relativ schwierig gestalten.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Die Einkommens- und Vermögensteuererträge seien leicht über dem Budget 2011 prognostiziert worden. Die Gewinn- und Kapitalsteuern seien in etwa auf dem Niveau der Rechnung 2010 belassen worden.

Die künftigen Steuererträge seien im Licht realistischer Annahmen zu sehen, so dass Langenthal im kanton-bernischen Vergleich einen tiefen und attraktiven Steuersatz anwenden könne, um gute Steuerzahler anzulocken.

Aber auch in diesem Bereich gelte es die Entwicklung genau zu verfolgen und immer wieder zu hinterfragen.



Finanzplan

Steuererträge

	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Flpa	Flpa	Flpa	Flpa
Beträge in Tfr.	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Einkommens- und Vermögensteuer	24'790	25'479	25'692	26'099	26'564	27'036	27'514
Gewinn- + Kapitalsteuern	5'211	4'729	5'235	5'211	5'288	5'367	5'447
Übrige Steuern	3'922	3'800	4'090	4'140	4'190	4'240	4'290
Total Steuern	33'923	34'008	35'017	35'450	36'042	36'643	37'251
Steueranlage	1.42	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011



Investitionsplan

- (in erster Linie) Investitionen, welche der Werterhaltung der vorhandenen Infrastruktur dienen
- (in zweiter Linie) Investitionen mit Potenzial für die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt
- Finanzierung zu Lasten Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien
- Je nach Einschätzung der Realisierung wird der Investitionsbetrag bewertet

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Langenthal habe bekanntlich in einem Investitionsstau gesteckt. Zahlreiche Projekte seien in den letzten 15 Jahren nicht ausgeführt worden. Die nebenstehende Darstellung zeige auf, dass diese Situation ab 2011 ändere und Langenthal in die Zukunft investiere. Im Jahr 2012 werden annähernd Fr. 15 Mio. in steuerfinanzierte Infrastruktur investiert. Nebst den Kreuzfeldschulhäusern handle es sich dabei auch um Strassensanierungen und unter dem Vorbehalt, dass die Vorlage vom Volk angenommen werde, um das Projekt "ict4kids".

Strategie

Neu bzw. seit dem letzten Jahr werde eine Bewertung der einzelnen Investitionen vorgenommen. Jede einzelne Investition werde eingeschätzt und in die Zeitachse eingestellt. Der Investitionsplan sei so aufgebaut, dass die verschiedenen Investitionen nach der Wahrscheinlichkeit der Realisierung (zwischen 50 und 100%) gezeigt werden können. Damit sollen die relativ grosse Differenzen aus der Abweichung von budgetierten zu realisierten Investitionen, verhindert werden.



Investitionsplan 2012 - 2016

Projekt / Anlagen	Benötigter Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Planjahre					Subtotal 2012 - 2016
			2013	2014	2015	2016		
Gesamtzusammenzug								
1. Verschiedene, Gesamttotal Projekte	1'150	2'500	3'680	2'900	3'160	3'500	15'190	
Inventarische Strukturerweiterungen	0	2'500	3'365	2'175	2'670	2'900	13'500	
Subventionsabhängige	0	0	0	500	200	0	700	
Nettoinvestitionen	1'150	2'500	3'180	2'300	2'760	2'900	12'790	
2. Betriebliche, Gesamttotal Projekte	349	65	350	320	60	0	775	
Inventarische Strukturerweiterungen	0	65	263	240	60	0	628	
Subventionsabhängige	349	0	350	320	60	0	775	
3. Tiefbau, Verkehrsanlagen, Gesamttotal Projekte	6'020	4'125	1'920	1'920	1'920	540	9'485	
Inventarische Strukturerweiterungen	0	4'125	1'695	1'120	710	310	7965	
Subventionsabhängige/Grundgestümmertechnische	0	0	0	0	0	0	0	
Nettoinvestitionen	6'020	4'125	1'920	1'920	1'920	540	9'485	
4. Hochbauten, Gesamttotal Projekte	2'290	5'920	10'640	15'750	15'540	8'100	55'800	
Inventarische Strukturerweiterungen	0	5'920	10'670	14'925	12'858	5'950	49'733	
Subventionsabhängige	2'290	0	0	0	0	0	4'867	
Nettoinvestitionen	2'290	5'920	10'640	14'925	12'858	5'950	51'190	
5. Dienstleistungen, Gesamttotal Projekte	1'15	1'680	0	0	0	0	1'680	
Inventarische Strukturerweiterungen	0	1'680	0	0	0	0	1'680	
Subventionsabhängige	1'15	0	0	0	0	0	1'15	
Nettoinvestitionen	1'15	1'680	0	0	0	0	1'680	
Subtotal, Gesamttotal Projekte	10'130	14'930	16'770	20'190	17'610	12'140	87'620	
Inventarische Strukturerweiterungen	0	14'930	15'930	14'875	16'380	8'900	70'040	
Subventionsabhängige	10'130	0	0	0	0	0	4'580	
Total Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträgen	10'130	14'940	16'270	17'490	16'790	12'140	76'700	
Total Inventarische Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge	0	14'940	15'430	15'775	12'790	8'200	68'790	

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

In den letzten Jahren sei immer deutlich unter den geplanten Investitionen investiert worden. Das habe einerseits am unterschätzten Zeitbedarf für die Planung, aber auch an den fehlenden Kapazitäten für die Ausführung gelegen.

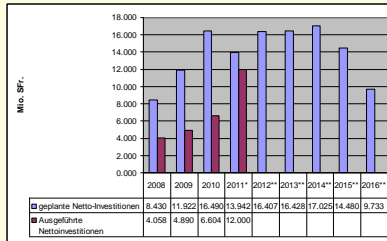


Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

stadtlängenthal

Investitionsplan



Nettoinvestitionen
= bewertete Ausgaben

* = revidierter Investitionsplan
2011 per Investitionsplanung
2012-2016, Ausführung
hochgerechnet per 31.12.11

** = Investitionen gemäss
Voranschlag resp.
Finanzplanung

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Netto heisse nach Abzug der Subventionseinnahmen, die im Betrachtungszeitraum rund Fr. 6,5 Mio. ausmachen.

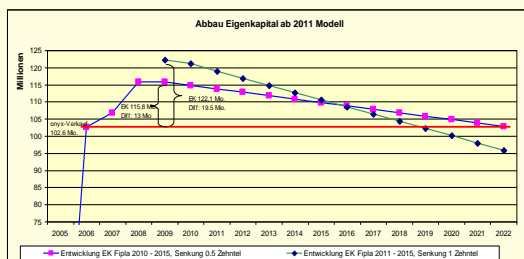
Bewertung heisse, dass ein Projekt, das eher nicht verwirklicht werde, mit zwischen 50% und 75% der eigentlichen Investitionssumme im Investitionsplan berücksichtigt werde.

In Zukunft seien auch Entwicklungsschwerpunkte in Betracht zu ziehen (Beispiel Bahnhof mit Nettoinvestitionen von Fr. 40 Mio.) Die Stadt möchte von Bundes- wie auch von kantonalen Subventionen profitieren können.

Es handle sich um Planzahlen, die zum heutigen Zeitpunkt mit Vorsicht zu geniessen seien, die aber trotzdem immer wieder genau hinterfragt werden müssen.

stadtlängenthal

Finanz- und Investitionsplan



Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

(Protokoll/Traktandum 2, Seite 5)

Es gelte sich bewusst zu sein, dass viele Projekte nur aufgeschoben seien und nach wie vor ausgelöst werden sollen. Von den Fr. 13,9 Mio. geplanten Investitionen werden im Jahr 2011 bis dato rund 85% (ca. Fr. 12 Mio.) realisiert. Auch in Zukunft soll die Differenz zwischen Planung und Ausführung tiefer ausfallen.

Mit dem letzten Jahr neu eingeföhrten Instrument (Bewertung) habe bereits im laufenden Jahr eine gewisse Wirkung erzielt werden können.

stadtlängenthal

Investitionsplan

Steuerfinanzierte Nettoinvestitionen 2012 – 2016

nach Realisierungswahrscheinlichkeit bewertet

- Hochbau** **Fr. 45,2 Mio.**
 - Schulzentrum Kreuzfeld 1. Etappe Fr. 19,0 Mio.
 - Schulzentrum Kreuzfeld 2. Etappe Fr. 5,0 Mio.
 - Mühleareal, Mühlesilo Fr. 5,7 Mio.
 - Stadttheater Fr. 6,7 Mio.
 - 3-fach Sporthalle Hard, Sanierung Fr. 4,3 Mio.
- Tiefbau, Verkehrsanlagen** **Fr. 7,9 Mio.**
- Betriebe, Stadtbauamt** **Fr. 0,6 Mio.**
- Umweltschutz, Energie** **Fr. 1,7 Mio.**
- Verschiedenes** **Fr. 11,5 Mio.**
 - ict4kids Fr. 4,2 Mio.
 - ESP Bahnhof Fr. 4,1 Mio.

Total **Fr. 66,9 Mio.**

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Mathematische, graphische Darstellung, die den Abbau des zusätzlich entstandenen Eigenkapitals aus den Jahren 2007, 2008 und 2009 aufzeige.

In Form von zwei Steuersenkungen (2009 = 1/2 Steuerzehntel, 2010 = 1/2 Steuerzehntel) sollen die Fr. 19,5 Mio. (zusätzlich vermehrtes Eigenkapital) an die Bürger zurückgegeben werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

stadtlangenthal

Voranschlag 2012

Grundsätze der Budgetierung

- Basis Voranschlag/Rechnung Vorjahr
- Vorgaben des Gemeinderates
- Festlegung Investitionsquote und Abschreibungsmethodik

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Voranschlag 2012

Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Aufwand ohne Abschr. VV	83'790	86'793	85'264	90'145
+ harmonisierte Abschr. 10%	3'482	3'642	4'371	4'915
+ übrige Abschreibungen	801	2'158	3'600	3'600
Aufwand	88'073	92'593	93'235	98'660
Ertrag	92'459	89'731	87'000	91'173
Ertragsüberschuss	4'386			
Aufwandüberschuss		2'862	6'235	7'487
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	890	2'158	4'204	4'640
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	0	1'010	2'160	2'220
Ertrags (+) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	-5'276	-306	-129	627

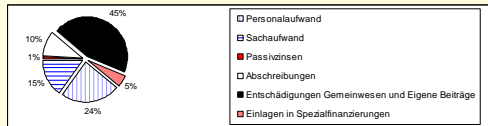
Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Wie bereits bei der Vorstellung der Finanzplanung erwähnt, sei das Ergebnis des Voranschlages 2012 nach Neutralisation der Sonderfaktoren (Abschreibungen auf den zusätzlichen Investitionen und den Steuersenkungen) mit Fr. 627'000.00 Aufwandüberschuss, knapp im Rahmen der Ausgeglichenheit.

stadtlangenthal

Voranschlag 2012

Überblick Aufwände



Aufwandarten im Vergleich zum VA 2011

- Personalaufwand: + 5,9% -> Mehrbelastung Pensionskasse
- Sachaufwand: + 2,3% -> Abgeltung Nutzung der Schulen für Kunsteisbahn
- Passivzinsen: - 42,6% -> Abnahme Fremdvverschuldung
- Abschreibungen: + 6,7% -> erhöhtes Investitionsvolumen
- Entschädigungen/Beiträge: + 8,0% -> Lastenausgleich, Unterstützungsbeiträge, KEB AG

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Die Zunahme des Personalaufwandes um rund Fr. 1,3 Mio. basiere auf dem Ausgleich der Teuerung sowie auf individuellen Lohnerhöhungen bis 1,5%. Eine Mehrbelastung entstehe auch durch die Pensionskasse, da die Nachzahlungen der Lohnerhöhungen nicht mehr von der Pensionskasse übernommen werden, sondern durch die Arbeitgeberin und die Arbeitnehmenden zu tragen seien.

Die Zunahme des Sachaufwandes von rund Fr. 300'000.00 stehe in Verbindung mit der Erhöhung der Pauschale der Stadt an die KEB für die Nutzung der Kunsteisbahn durch die Schulen im Betrag von rund Fr. 220'000.00, was dem Volksentscheid vom 25./26. September 2010 (wirtschaftliche Sanierung und Sicherung der Zukunft der Kunsteisbahn Langenthal AG) entspreche.

Bei den Passivzinsen sei eine leichte Abnahme zu verzeichnen, die dem Abbau von Bankschulden um rund Fr. 8 Mio. auf rund Fr. 13 Mio. Rechnung trage.

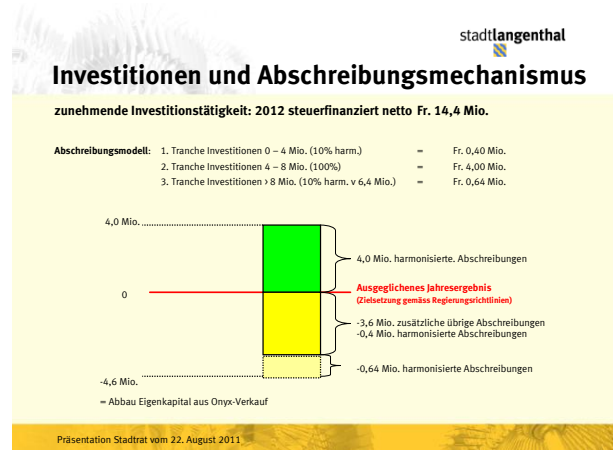
Die Zunahme der Abschreibungen basiere wie bereits erwähnt auf den Mehrinvestitionen, was zu Mehrabschreibungen von rund Fr. 600'000.00 führe.

Die Zunahme der Entschädigungen/Beiträge von rund Fr. 3,3 Mio. beinhalte rund Fr. 1 Mio. der Lastenausgleichssysteme, Unterstützungsbeiträge an Sozialhilfeempfangende sowie den Betriebsbeitrag an die Kunsteisbahn mit rund Fr. 300'000.00.



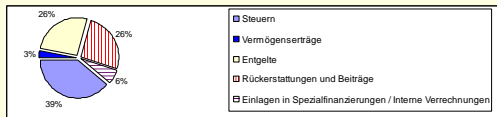
Das seit letztem Jahr angewendete Abschreibungsmodell werde ab der Jahresrechnung 2011 Wirkung zeigen.

Mittels dieses Mechanismus werden künftige Generationen nicht übermässig belastet und die heutige Generation müsse nicht alles selber tragen.



Voranschlag 2012

Überblick Erträge



Ertragsarten im Vergleich zum VA 2011

- **Steuern:** + 3,0% -> Wirtschaftsprognosen, Anzahl/Qualität Steuerzahler
- **Vermögenserträge:** - 6,3% -> Abnahme der zinsbringenden Anlagen
- **Entgelte:** - 3,2% -> v.a. Verschiebung von Erträgen
- **Rückerstattung/Beiträge:** + 18,4% -> höhere Rückerstattung Kanton für Sozialhilfe, höhere Finanzausgleichszahlungen, Verschiebung aus „Entgelte“

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Die Zunahme der Steuern betrage rund Fr. 1 Mio. Gestützt auf Prognosewerte sei dieser Betrag etwas zurückgenommen worden. Die Steuern 2012 würden noch auf der Veranlagung 2011 beruhen, womit sich die abkühlende Konjunktur voraussichtlich erst ab 2013 bei den Steuerzahlenden bemerkbar machen werde.

Die Abnahme der Vermögenserträge stehe im Zusammenhang mit der Schuldenrückzahlung, womit weniger Vermögen vorhanden sei, das Ertrag abwerfen könne. Die Stadt habe rund Fr. 73 Mio. angelegt. Davon seien lediglich Fr. 8 Mio. (rund 11%) in Aktien investiert. Rund Fr. 50 Mio. seien in festverzinslichen Anlagen angelegt. Langenthal habe in keine Staatsanleihen von Problemstaaten investiert. Fr. 15 Mio. seien in Liegenschaften investiert.

Die Abnahme der Entgelte um rund Fr. 800'000.00 sei damit begründet, dass die Einnahmen der Heimtarife neu unter den Rückerstattungen ausgewiesen werden, womit eine Verschiebung in die Rückerstattung/Beiträge stattfinde.

Bei den Rückerstattungen/Beiträge sei mit den vorerwähnten Heimeinnahmen und den Rückerstattungen aus Sozialhilfeleistungen (rund Fr. 1,9 Mio. inklusive Krankenkassenrückerstattungen) eine Zunahme von rund Fr. 3,7 Mio. zu verzeichnen. Zudem könne, wie bereits erwähnt, der FILAG 2012 mit höheren Beiträgen im Finanzausgleich gerechnet werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Es gelte es trotz der momentan in Diskussion stehenden Rezessionsszenarien und Wechselkursproblematiken einen kühlen Kopf zu bewahren.

Der Gemeinderat werde die wirtschaftliche Entwicklung, die volatiliter denn je sei, genau verfolgen. Der Gemeinderat wolle die Steuerpflichtigen weiterhin entlasten und halte an seiner Strategie - unter Einbezug einer kundenfreundlichen Aufgabenerfüllung - fest.

Auch halte der Gemeinderat weiterhin an seiner Investitionspolitik fest, was auch als Vorwärtsstrategie betrachtet werden könne, da Langenthal in die Infrastruktur investiere und damit die Werte erhalte.

Der Gemeinderat investiere auch in Zukunftsprojekte wie beispielsweise in den ganzen Bereich Bahnhof, in "ict4kids", in das Theater etc., womit Langenthal als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiver werde.

In Langenthal komme eine Steueranlage zur Anwendung, die im Vergleich mit anderen bernischen Gemeinden, als attraktiv bezeichnet werden könne. Dabei gelte es aber nicht zu vergessen, dass sich Langenthal in einem Kantonsgrenzgebiet befinde und sich somit mit den umliegenden Kantonen messen müsse.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass aufgrund der heute präsentierten Planzahlen und Rahmenbedingungen die Steueranlage diskutiert werde. Ein Vergleich der Voranschläge (vor den Abschreibungen und der Buchgewinne = somit rein die Ertragsseite) mit den jeweiligen Rechnungsergebnissen seit dem Jahr 2005 zeige einerseits, dass eine Krise der anderen gefolgt sei und andererseits, dass die Aufwandseite durchschnittlich mit 5,3% gegenüber den Budgets abgeschlossen worden sei. Die Ertragsseite sei durchschnittlich mit 7,7% gegenüber den Budgets abgeschlossen worden. An dieser Stelle müsse der Hebel angesetzt werden. Ein Steueranlagezehntel (Fr. 2,2 Mio.) entspreche rund 2%. Damit werde deutlich, wie weit in letzten Jahren über der Budgetgenauigkeit abgeschlossen worden sei.

Trotz der seit 2005 sinkenden Steueranlage (2005 = 1,62) und einem Umsatz von rund Fr. 74 Mio. (Jahr 2005) betrage der Umsatz heute nahezu Fr. 100 Mio.

stadtlangenthal

Schlussbemerkungen

- **Wirtschaftliche Entwicklung**
- **Entlastung der Steuerpflichtigen**
- **Aufgabenerfüllung**
- **Investitionen**

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Antrag Voranschlag 2012

- **Aufwendungen Fr. 98,660 Mio.**
Erträge Fr. 91,173 Mio.
= Aufwandüberschuss Fr. 7,487 Mio.
- **Steueranlage 1,38 (unverändert)**
- **Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)**
- **Hundetaxe Fr. 100.00 (unverändert)**

Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat das vorliegende Budget 2012 zu genehmigen

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass die Geschäftsprüfungskommission auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Daniel Rüeegg, EVP/glp-Fraktion: Bei Betrachtung des Finanz- und Investitionsplanes könne festgestellt werden, dass nach einer Sommer-Wetter-Phase mit blauem Himmel und strahlendem Sonnenschein in der Ferne Wolken am Finanzhimmel der Stadt Langenthal aufziehen. Die Schleierwolken kündigen einen entsprechenden Wetterwechsel an. Der Stadt gehe es finanziell nach wie vor gut. Das vorhandene Eigenkapital spiele dabei eine beruhigende Rolle. Euphorische Zukunftsaussichten würden durch das stets zunehmende strukturelle Defizit aber etwas gedämpft. Von den gesamthaften in den nächsten fünf Jahren geplanten Investitionen von knapp Fr. 67 Mio., seien die meisten Nachholinvestitionen, die der definierten Strategie (Verwendung des onyx-Kapitals) entsprechen. In diesem Jahr sehe es sogar so aus, dass der grösste Teil der geplanten Investitionen tatsächlich auch ausgeführt werde. Die EVP/glp-Fraktion danke dem Gemeinderat für die zur Kenntnis gebrachten Zahlen.

Die Stadt Langenthal sei mit einem grossen Tanker zu vergleichen, der viel Zeit und Kraft in Anspruch nehme, um richtig Fahrt aufnehmen zu können. Der Crew sei die vorgegebene Destination, die er ansteuern soll, bekannt. Die Reise dahin könne aber nicht nur bei ruhiger See unternommen werden, sondern führe manchmal auch durch Sturm und hohen Wellengang. Um das vorgegebene Ziel nicht zu verfehlen, sei es nötig, rechtzeitig die richtigen Steuerbewegungen vorzunehmen. Die Antizipierung des Masses der nötigen Steuerbewegungen sei sehr schwierig, weil der Tanker nur sehr träge auf Steuerkorrekturen reagiere.

Die Finanzen der Stadt seien gesund. Die aktuelle, weltweite Wirtschaftssituation in Verbindung mit der Schuldenproblematik und den negativen Konjunkturaussichten deute aber auf eine wenig rosige Entwicklung hin. Das im Voranschlag 2012 ausgewiesene Defizit sei nachvollziehbar. Die Aussicht, dass sich das strukturelle Defizit in naher Zukunft aber stark akzentuieren werde, soll zur Vorsicht mahnen. Aus diesem Grund erachte die EVP/glp-Fraktion es als sehr wichtig und nötig, dass die in Aussicht gestellte Zusammenkunft des Gemeinderates und der Finanzkommission zur Definition des weiteren Vorgehens in Bezug auf die Stadtfinanzen stattfinde. Dabei seien nach Erachten der EVP/glp-Fraktion im Sinne eines Worst-Case-Szenarios, alle bewilligten und in Zukunft noch entstehenden Kosten aus Investitionen und bestehenden und neuen Aufgaben der Stadt aufzulisten, weil diese die laufende Rechnung jeweils beeinflussen. Je nach Ergebnis werde die Ergreifung von Massnahmen nötig sein. Die Gebühren- und Steuereinnahmen könnten zwar erhöht werden, was aber bekanntermassen nicht der populäre Weg sei. Bei den Aufwendungen sei praktisch die Hälfte nicht direkt beeinflussbar. Aus diesem Grund könnte es unter Umständen notwendig werden, eine Aufgabenüberprüfung mit einer entsprechenden Verichtsplanung vorzunehmen, da es nicht sein könne, über eine längere Zeit mehr auszugeben, als einzunehmen. Eine Zeit lang könne zwar von der Substanz gelebt werden, das Konsumverhalten begrenze aber - trotz des komfortablen Eigenkapitals die Situation.

Die EVP/glp-Fraktion finde es richtig und wichtig, dass der Gemeinderat bei den Investitionen wiederum eine Priorisierung vorgenommen habe. Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke er allen, die konstruktiv am Finanz- und Investitionsplan mitgewirkt haben. Für die Berichterstattung über die Strategiesitzung des Gemeinderates und der Finanzkommission sei die EVP/glp-Fraktion bereits heute dankbar.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Für die SVP-Fraktion sei die Strategie des Gemeinderates richtig, wonach die Steueranlage in den nächsten fünf Jahren auf 1.38 belassen werde, was für die SVP auch die massgebliche Grundlage für die Ausrichtung der Investitionen und der Finanzpolitik sei.

Ob sich die Schwierigkeiten der Exportwirtschaft wirklich derart negativ auf das Budget der Stadt auswirken werden, sei ungewiss, weshalb er auf entsprechende Spekulationen verzichte. Heute finde eindeutig eine zweigleisige Entwicklung in der Wirtschaft statt. Die Exportindustrie bekunde wegen des hohen Frankens eher Mühe, zahle dagegen aber eher "wenig" Steuern, wogegen die Binnenwirtschaft, die relativ viele Steuern zahle, boome. Aus diesem Grund sei es relativ schwierig, heute zu sagen, in welche Richtung es gehe, weil mit den von der Nationalbank beschlossenen Massnahmen auch die Binnenwirtschaft gestützt werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Bei den Investitionen sei es nach wie vor richtig, auf den Abbau des Eigenkapitals zu setzen. Trotzdem sei die SVP-Fraktion auch der Meinung, dass das, was der Investitionsplan enthalte, nicht einfach gesetzt sei. Nicht alles im Investitionsplan Enthaltene, müsse zwingend realisiert werden. Es gebe verschiedene Projekte, die nach Auffassung der SVP-Fraktion Wunschbedarf darstellen, so dass diese entweder gar nicht, oder nur in abgespeckter Form bewilligt werden können.

Die SVP-Fraktion nehme den Investitionsplan als gute Diskussions- und Planungsgrundlage zur Kenntnis und danke dem Gemeinderat für die Ausarbeitung.

Kurt Wyss, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion danke allen, die an der Planung mitgearbeitet haben und insbesondere Herrn Gemeinderat Jürg Häusler für die kompetente Präsentation. Die FDP/jll-Fraktion könne hinter allen Äusserungen seiner Vorredner stehen. Die FDP/jll-Fraktion nehme den Finanz- und Investitionsplan zustimmend zur Kenntnis.

In Zukunft bzw. ab sofort gelte es sich viel intensiver und kritischer mit den Folgekosten auseinander zu setzen, die mit einmaligen Investitionen ausgelöst werden. Die Stadt entwickle sich und ziehe immer mehr Leute an - und eben nicht nur solche, die ihre Miete selber bezahlen können. Auch das attraktive Angebot im kulturellen Bereich ziehe immer mehr Leute an, die von der kulturellen Infrastruktur profitieren können. Die Kosten werden garantiert in den nächsten Jahren ansteigen. Es gelte möglichst frühzeitig Massnahmen zu prüfen, um diese, wenn nötig, ergreifen zu können.

Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion: Auch die SP/GL-Fraktion könne sich den Worten der Vorredner anschliessen. Wie Gemeinderat Jürg Häusler gesagt habe, seien Hausaufgaben zu erledigen sowie die vorgesehenen Investitionen kritisch zu prüfen.

Künftig gebe es zwei Möglichkeiten, auf das strukturelle Defizit zu reagieren, die darin bestehen, die Vorgaben anzupassen oder die Budgets zu straffen und zu kürzen. Die Kürzungen müssten aber durch die Verwaltung auch getragen werden können, ansonsten die Gefahr gross wäre, willkürliche Kürzungen vorzunehmen, was zu einem ungewollten Leistungsabbau führen könnte. Die SP/GL-Fraktion könne den Finanz- und Investitionsplan unterstützen und danke allen daran Beteiligten.

Markus Gfeller: Im Bericht zum Finanzplan 2012 - 2016 (rosa Beilage zum Bericht des Gemeinderates an den Stadtrat) auf Seite 10/15 betreffend Punkt "7. Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung" sei ersichtlich, dass trotz im Jahr 2010 gesenkter Kehrichtgebühren davon ausgegangen werde, dass sich die Spezialfinanzierung in den nächsten Jahre bis im Jahre 2016 von Fr. 1,5 Mio. auf rund Fr. 2 Mio. erhöhen werde. In diesem Zusammenhang stelle er die Frage, ob Gedanken angestellt worden sind, weitere Senkungen vorzunehmen oder ob dies ein Thema der nächsten Planperiode sein werde?

Gemeinderat Jürg Häusler: Momentan befinde sich das neue Abfallreglement in Überarbeitung. Mehr Informationen zur Beantwortung der Frage von Stadtrat Markus Gfeller würden ihm zur Zeit nicht vorliegen.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. **Gemeindevoranschlag 2012; Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftsteuer sowie die Hundetaxe; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 17./18. Dezember 2011**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

Stadtratspräsident Roland Christen legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung:
- A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen
 - B Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
 - C Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
 - D Detailberatung des Voranschlags 2012 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)
- Schlussabstimmung:
- E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)
 - F Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 17./18. Dezember 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

II Detailberatung:

A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen¹; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass Herr Gemeinderat Jürg Häusler seine bereits im Traktandum Nr. 2 vorgetragene Berichterstattung/Präsentation bzw. Stellungnahme nicht ergänzen will.

Gemeinderat Jürg Häusler: *Zur Zeit werde viel über die Finanzen und die Wirtschaftsentwicklung gesprochen. Die Schlagzeilen seien von Unsicherheit, Hilflosigkeit und Konsternation geprägt. Die Welt sei seit der Fukushima-Katastrophe (anfangs März 2011) anders und verändere sich seit Juni weiter, weil sich wieder einer Wirtschaftskrise abzeichne. Zitat von Herrn Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), von vergangenem Samstag: "Die Zeichen für eine Krise sind da und sie wird kommen!"*

Was zugegebenermassen angesichts der heute herrschenden Temperatur etwas schwierig sei, sei es trotz Allem wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren, wachsam zu bleiben, und die Situation immer wieder neu zu beurteilen. Er werde in seiner Präsentation an verschiedenen Stellen entsprechende Hinweise anbringen.

Wie Stadtratspräsident Roland Christen erwähnt habe, habe er die Themen Finanz- und Investitionsplanung und Gemeindevoranschlag 2012 in einer gemeinsamen Präsentation zusammengefasst.

¹ Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Herrn Gemeinderat Jürg Häusler ist mit den im Traktandum Nr. 2 "Finanz- und Investitionsplanung 2011 - 2015" protokollierten Ausführungen identisch. Auf eine Wiederholung der Ausführungen wurde verzichtet. Im Sinne der Protokollvollständigkeit des vorliegenden Traktandums sind die Ausführungen im Protokoll abgedruckt (*kursiv dargestellt*).



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

In seiner Präsentation erläutere er vorweg den Finanzplan, welcher schliesslich als Grundlage für den Voranschlag diene und gleich anschliessend den Gemeindevoranschlag 2012, womit die Gesamtpräsentation für das Traktandum Nr. 2 sowie für das Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung für das Protokoll verwendet werde.

stadtlangenthal

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Finanzplanung 2012 - 2016 Voranschlag 2012

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Finanzplan
- Investitionsplan
- Voranschlag 2012
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Richtlinien der Regierungstätigkeit

- **Ausgeglichene Rechnung:** bei Investitionen von Fr. 4 Mio./Jahr und bisherigen ordentlichen Konsumausgaben
- **Eingetretene Vermehrung des Eigenkapitals 2007, 2008 und 2009** wird zur Senkung der Steueranlage eingesetzt
- **Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien** wird ausschliesslich für Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen verwendet
- **Die zusätzlichen (übrigen) Abschreibungen** werden auf maximal Fr. 3,6 Mio. begrenzt.

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Seit letztem Jahr gebe es den Punkt der zusätzlichen (übrigen) Abschreibungen.

Bei einem Aufwand von fast Fr. 100 Mio. könne bei einem Aufwandüberschuss von Fr. 627'000.00 (nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen aus den Mehrinvestitionen sowie nach Neutralisation der Steuersenkung eines Anlagezehntels) von einem fast ausgeglichenen Ergebnis gesprochen werden. Fr. 627'000.00 seien rund 0,6%, was innerhalb der Budgetgenauigkeit liege.

Bei Betrachtung der Aufwandüberschüsse der Folgejahre sei ersichtlich, dass diese hauptsächlich durch Investitionen begründet seien. Durch die verschlechterte Wirtschaftslage werden aber auch die Planzahlen (Einsparpotential) ab 2013 einer näheren Untersuchung unterzogen.

Auch nach Neutralisation der Steuersenkung aus dem Eigenkapitalüberschuss und den zusätzlichen Investitionen in die Werterhaltung und in die Zukunft, werde die Strategie einer ausgeglichenen Rechnung zunehmend schwieriger einzuhalten sein. Aus diesem Grund werde der Gemeinderat im kommenden Herbst mit der Finanzkommission Gespräche über allenfalls zu treffende Massnahmen führen.

(Protokoll/Traktandum 3, Seite 2)

stadtlangenthal

Finanzplan

Ergebnisse

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Beträge in Fr. 1'000.--							
Steueranlage	Rechnung 1.43	Voranschlag 1.38	Voranschlag 1.38	Prognose 1.38	Prognose 1.38	Prognose 1.38	Prognose 1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	92'593	93'235	98'660	101'618	103'282	104'660	105'528
Total Erträge	89'731	87'000	91'173	91'902	92'316	92'964	93'707
Aufwandüberschuss							
inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	2'862	6'235	7'487	9'716	10'966	11'696	11'821
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	2'158	4'204	4'640	4'743	4'777	4'510	4'020
Senkung Steuern vom 1.48 auf 1.38	1'010	2'160	2'220	2'240	2'280	2'320	2'360
Ertrags (-)/Aufwandüber- schuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	-306	-129	627	2'733	3'909	4'866	5'441

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Auch wenn die Steueranlage auf 1.48 festgesetzt wäre und die Investitionsquote Fr. 4 Mio. (wie vor dem onyx-Verkauf) betragen würde, würden daraus Aufwandüberschüsse und somit ein strukturelles Defizit resultieren. Der Finanzplan sei ein rollendes Planungsinstrument, was heisse, dass die Situation immer wieder neu beurteilt werden müsse und werde. Wichtig und klar sei auch, dass die Hausaufgaben von allen (Gemeinderat sowie Stadtrat) gemacht werden müssen.



Finanzplan

Prognosen – Entwicklung Jährliche Zuwachsraten

	2013	2014	2015	2016
Einkommenssteuern NP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %
Vermögenssteuern NP	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Gewinnsteuern JP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %
Kapitalsteuern JP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %

Eine Grundlage der Finanzplanung bestehe aus der Steuerseite. Diese sei gegenüber den Vorjahren bereits leicht reduziert worden. Der Wirtschaftsentwicklung müsse natürlich und insbesondere im sich verschlechternden Umfeld gebührend Beachtung geschenkt werden. Andererseits müsse aber auch eine gewisse Stetigkeit in die Planung gebracht werden. Über Jahre betrachtet, ergeben sich Spitzen und Dellen. Überreaktionen seien zu vermeiden.

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Weitere Grundlagen der Finanzplanung:

Der Gemeinderat gehe nach wie vor von einem moderaten Bevölkerungswachstum aus. Auch die Teuerungsrate sei gegenüber dem letzten Jahr gleich belassen worden. Die Aktiv- und Passivzinsen seien jeweils um ½% bzw. 1% reduziert worden. Auch der Personalaufwand sei gegenüber den Vorjahren um ½% reduziert worden. Der Sachaufwand sei gegenüber den Vorjahren um 1% reduziert worden.

Bereits zu Beginn des Budgetprozesses sei mit reduzierten Planwerten gearbeitet worden.



Finanzplan

Lastenverteiler und Finanzausgleich jährliche Belastungen, in TFr.

Anlage b./Nr.	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Fip1a	Fip1a	Fip1a	Fip1a
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Öffentlicher Verkehr	1'262	1'181	1'247	1'380	1'542	1'467	1'650	1'853	1'931
Finanzausgleich	448	179	696	250	-1'184	-1'479	-1'410	-1'426	-1'639
Aufgabenstellung Gde./Kanton	0	0	0	0	1'316	1'320	1'400	1'404	1'414
Familienzulagen	0	0	0	207	60	60	60	60	60
EL (AMV / IV)	2'936	2'819	2'984	3'250	3'125	3'255	3'415	3'550	3'722
Unterhalt Gemeindefrassen	-282	-285	-263	-307	0	0	0	0	0
Einwohner	5'436	5'414	5'392	6'400	6'443	7'530	7'920	7'950	8'000
Sozialdemografischer Zuschuss	0	0	0	0	-300	-300	-300	-300	-300
Lehrerbesoldungen	5'136	5'069	5'129	5'240	5'217	5'335	5'470	5'555	5'645
Total	13'740	14'417	15'785	16'420	16'219	17'688	18'215	18'546	18'876

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011



Finanzplan

Zusammenzug Prognosewerte jährliche Zuwachsraten

	2013	2014	2015	2016
Mittlere Wohnbevölkerung	15'350	15'450	15'500	15'600
Teuerungsrate	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Aktivzinsen	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %
Passivzinsen	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Personalaufwand	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Sachaufwand	0.50 %	0.50 %	0.50 %	0.50 %

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Die Übersicht zeige, dass die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme laufend zunehmen.

Die neue Gesetzgebung (FILAG 2012) bringe in der Struktur des Ganzen gewisse Veränderungen: Einerseits werden neue Regelungen getroffen, was die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden anbetreffe. Andererseits erhalte die Stadt Langenthal, aufgrund ihrer speziellen soziographischen Entwicklung, mehr aus dem ganzen Lastenausgleich. Langenthal habe viele A-Kunden zu verzeichnen (Asylanten, Ausgesteuerte, Arbeitslose). Gegenüber anderen Gemeinden im Kanton Bern sei Langenthal diesbezüglich überdurchschnittlich dotiert.

Für Langenthal bringe das eine kurzfristige Entspannung. Aber auch in diesem Bereich müssen die Mehrbelastungen in den weiteren Jahren genauer unter die Lupe genommen werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Der FILAG sei ein relativ komplexes Konstrukt, welcher vom eigenen Steuerertrag abhängt, der vom Steuerertrag des Kantons abhängt - der wiederum vom Steuerertrag des Bundes abhängt. Diese Zahlen seien relativ spät bekannt, weshalb sich die Planung der jeweiligen Jahre relativ schwierig gestaltet.

Die Einkommens- und Vermögenssteuererträge seien leicht über dem Budget 2011 prognostiziert worden. Die Gewinn- und Kapitalsteuern seien in etwa auf dem Niveau der Rechnung 2010 belassen worden.

Die künftigen Steuererträge seien im Licht realistischer Annahmen zu sehen, so dass Langenthal im kanton-bernischen Vergleich einen tiefen und attraktiven Steuersatz anwenden könne, um gute Steuerzahler anzulocken.

Aber auch in diesem Bereich gelte es die Entwicklung genau zu verfolgen und immer wieder zu hinterfragen.

stadtlangenthal

Finanzplan

Steuererträge

	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Filpa	Filpa	Filpa	Filpa
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Beträge in Tfr.							
Einkommens- und Vermögenssteuern	24'790	25'479	25'692	26'099	26'564	27'036	27'514
Gewinn- + Kapitalsteuern	5'211	4'729	5'235	5'211	5'288	5'367	5'447
übrige Steuern	3'922	3'800	4'090	4'140	4'190	4'240	4'290
Total Steuern	33'922	34'008	35'017	35'450	36'042	36'643	37'251
Steuersätze	1.43	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Investitionsplan

- (in erster Linie) Investitionen, welche der Werterhaltung der vorhandenen Infrastruktur dienen
- (in zweiter Linie) Investitionen mit Potenzial für die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt
- Finanzierung zu Lasten Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien
- Je nach Einschätzung der Realisierung wird der Investitionsbetrag bewertet

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Strategie

Neu bzw. seit dem letzten Jahr werde eine Bewertung der einzelnen Investitionen vorgenommen. Jede einzelne Investition werde eingeschätzt und in die Zeitachse eingestellt. Der Investitionsplan sei so aufgebaut, dass die verschiedenen Investitionen nach der Wahrscheinlichkeit der Realisierung (zwischen 50 und 100%) gezeigt werden können. Damit sollen die relativ grosse Differenzen aus der Abweichung von budgetierten zu realisierten Investitionen, verhindert werden.

Langenthal habe bekanntlich in einem Investitionsstau gesteckt. Zahlreiche Projekte seien in den letzten 15 Jahren nicht ausgeführt worden. Die nebenstehende Darstellung zeige auf, dass diese Situation ab 2011 ändere und Langenthal in die Zukunft investiere. Im Jahr 2012 werden annähernd Fr. 15 Mio. in steuerfinanzierte Infrastruktur investiert. Nebst den Kreuzfeldschulhäusern handle es sich dabei auch um Strassensanierungen und unter dem Vorbehalt, dass die Vorlage vom Volk angenommen werde, um das Projekt "ict4kids".

stadtlangenthal

Investitionsplan 2012 - 2016

Projekt / Anlagen	Revidierter Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Planjahre				Subtotal 2012-2016
			2013	2014	2015	2016	
Beträge in Tausend Franken, zum Teil Schätzungen							
Gesamtzusammenzug							
1. Werksbauern, Gesamttotal Projekte	1'350	2'500	3'400	3'200	3'300	13'650	
bewertete Bruttoinvestitionen	2'600	3'000	3'175	2'870	2'500	13'900	
Subventionen	0	0	500	500	800	2'800	
Nettoinvestitionen	1'350	2'600	3'180	2'900	2'500	13'500	
2. Betsälen, Gesamttotal Projekte	340	65	330	320	60	1'375	
bewertete Bruttoinvestitionen	65	65	340	240	60	650	
Subventionen	0	0	0	0	0	0	
Nettoinvestitionen	340	65	330	240	60	1'375	
3. Tiefbau, Verkehrsanlagen, Gesamttotal Projekte	6'020	4'125	3'920	1'920	1'000	9'495	
bewertete Bruttoinvestitionen	4'125	1'495	1'330	795	353	7'998	
Subventionen	0	0	0	0	0	0	
Nettoinvestitionen	4'125	1'495	1'330	795	353	7'998	
4. Hochbauten, Gesamttotal Projekte	2'280	3'920	10'600	11'700	15'000	33'500	
bewertete Bruttoinvestitionen	3'920	10'673	14'925	12'800	3'500	47'718	
Subventionen	1'640	6'753	4'325	1'100	0	13'818	
Nettoinvestitionen	2'280	3'920	10'600	11'700	3'500	33'900	
5. Umweltschutz, Gesamttotal Projekte	125	1'600	0	0	0	1'725	
bewertete Bruttoinvestitionen	1'600	0	0	0	0	1'600	
Subventionen	0	0	0	0	0	0	
Nettoinvestitionen	1'600	0	0	0	0	1'600	
Total, Gesamttotal Projekte	10'700	14'400	16'700	10'100	19'800	51'400	
bewertete Bruttoinvestitionen	14'400	15'933	18'975	16'380	8'200	73'900	
Subventionen	3'700	30	500	2'700	2'300	7'200	
Total Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge	10'700	14'400	16'700	13'680	12'140	56'700	
Total bewertete Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge	14'400	15'433	15'775	13'300	8'200	67'500	

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

In den letzten Jahren sei immer deutlich unter den geplanten Investitionen investiert worden. Das habe einerseits am unterschätzten Zeitbedarf für die Planung, aber auch an den fehlenden Kapazitäten für die Ausführung gelegen.

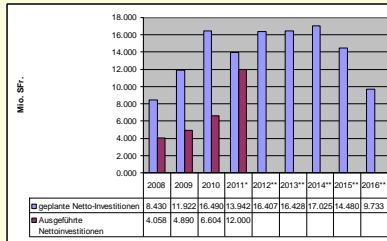


Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

stadtlangenthal

Investitionsplan



Nettoinvestitionen
= bewertete Ausgaben

* = revidierter Investitionsplan
2011 per Investitionsplanung
2012-2016, Ausführung
hochgerechnet per 31.12.11

** = Investitionen gemäss
Voranschlag resp.
Finanzplanung

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Netto heisse nach Abzug der Subventionseinnahmen, die im Betrachtungszeitraum rund Fr. 6,5 Mio. ausmachen.

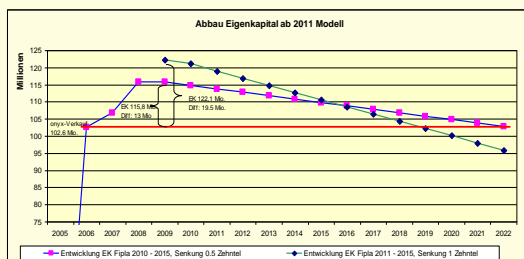
Bewertung heisse, dass ein Projekt, das eher nicht verwirklicht werde, mit zwischen 50% und 75% der eigentlichen Investitionssumme im Investitionsplan berücksichtigt werde.

In Zukunft seien auch Entwicklungsschwerpunkte in Betracht zu ziehen (Beispiel Bahnhof mit Nettoinvestitionen von Fr. 40 Mio.) Die Stadt möchte von Bundes- wie auch von kantonalen Subventionen profitieren können.

Es handle sich um Planzahlen, die zum heutigen Zeitpunkt mit Vorsicht zu geniessen seien, die aber trotzdem immer wieder genau hinterfragt werden müssen.

stadtlangenthal

Finanz- und Investitionsplan



Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Investitionsplan

Steuerfinanzierte Nettoinvestitionen 2012 – 2016

nach Realisierungswahrscheinlichkeit bewertet

Kategorie	Subkategorie	Wert (Fr. Mio.)	Gesamt (Fr. Mio.)
Hochbau	Schulzentrum Kreuzfeld 1. Etappe	Fr. 19,0 Mio.	Fr. 45,2 Mio.
	Schulzentrum Kreuzfeld 2. Etappe	Fr. 5,0 Mio.	
	Mühleareal, Mühlesilo	Fr. 5,7 Mio.	
	Stadttheater	Fr. 6,7 Mio.	
	3-fach Sporthalle Hard, Sanierung	Fr. 4,3 Mio.	
Tiefbau, Verkehrsanlagen			Fr. 7,9 Mio.
Betriebe, Stadtbauamt			Fr. 0,6 Mio.
Umweltschutz, Energie			Fr. 1,7 Mio.
Verschiedenes	ict4kids	Fr. 4,2 Mio.	Fr. 11,5 Mio.
	ESP Bahnhof	Fr. 4,1 Mio.	
Total			Fr. 66,9 Mio.

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Mathematische, graphische Darstellung, die den Abbau des zusätzlich entstandenen Eigenkapitals aus den Jahren 2007, 2008 und 2009 aufzeige.

In Form von zwei Steuersenkungen (2009 = 1/2 Steuerzehntel, 2010 = 1/2 Steuerzehntel) sollen die Fr. 19,5 Mio. (zusätzlich vermehrtes Eigenkapital) an die Bürger zurückgegeben werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

stadtlangenthal

Voranschlag 2012

Grundsätze der Budgetierung

- Basis Voranschlag/Rechnung Vorjahr
- Vorgaben des Gemeinderates
- Festlegung Investitionsquote und Abschreibungsmethodik

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

stadtlangenthal

Voranschlag 2012

Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Aufwand ohne Abschr. VV	83'790	86'793	85'264	90'145
+ harmonisierte Abschr. 10%	3'482	3'642	4'371	4'915
+ übrige Abschreibungen	801	2'158	3'600	3'600
Aufwand	88'073	92'593	93'235	98'660
Ertrag	92'459	89'731	87'000	91'173
Ertragsüberschuss	4'386	2'862	6'235	7'487
Aufwandüberschuss		2'862	6'235	7'487
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	890	2'158	4'204	4'640
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	0	1'010	2'160	2'220
Ertrags (+) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	-5'276	-306	-129	627

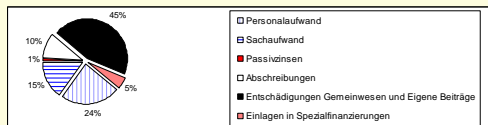
Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Wie bereits bei der Vorstellung der Finanzplanung erwähnt, sei das Ergebnis des Voranschlages 2012 nach Neutralisation der Sonderfaktoren (Abschreibungen auf den zusätzlichen Investitionen und den Steuersenkungen) mit Fr. 627'000.00 Aufwandüberschuss, knapp im Rahmen der Ausgeglichenheit.

stadtlangenthal

Voranschlag 2012

Überblick Aufwände



Aufwandarten im Vergleich zum VA 2011

- Personalaufwand: + 5,9% -> Mehrbelastung Pensionskasse
- Sachaufwand: + 2,3% -> Abgeltung Nutzung der Schulen für Kunsteisbahn
- Passivzinsen: - 42,6% -> Abnahme Fremdvverschuldung
- Abschreibungen: + 6,7% -> erhöhtes Investitionsvolumen
- Entschädigungen/Beiträge: + 8,0% -> Lastenausgleich, Unterstützungsbeiträge, KEB AG

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Die Zunahme des Personalaufwandes um rund Fr. 1,3 Mio. basiere auf dem Ausgleich der Teuerung sowie auf individuellen Lohnerhöhungen bis 1,5%. Eine Mehrbelastung entstehe auch durch die Pensionskasse, da die Nachzahlungen der Lohnerhöhungen nicht mehr von der Pensionskasse übernommen werden, sondern durch die Arbeitgeberin und die Arbeitnehmenden zu tragen seien.

Die Zunahme des Sachaufwandes von rund Fr. 300'000.00 stehe in Verbindung mit der Erhöhung der Pauschale der Stadt an die KEB für die Nutzung der Kunsteisbahn durch die Schulen im Betrag von rund Fr. 220'000.00, was dem Volksentscheid vom 25./26. September 2010 (wirtschaftliche Sanierung und Sicherung der Zukunft der Kunsteisbahn Langenthal AG) entspreche.

Bei den Passivzinsen sei eine leichte Abnahme zu verzeichnen, die dem Abbau von Bankschulden um rund Fr. 8 Mio. auf rund Fr. 13 Mio. Rechnung trage.

Die Zunahme der Abschreibungen basiere wie bereits erwähnt auf den Mehrinvestitionen, was zu Mehrabschreibungen von rund Fr. 600'000.00 führe.

Die Zunahme der Entschädigungen/Beiträge von rund Fr. 3,3 Mio. beinhalte rund Fr. 1 Mio. der Lastenausgleichssysteme, Unterstützungsbeiträge an Sozialhilfeempfangende sowie den Betriebsbeitrag an die Kunsteisbahn mit rund Fr. 300'000.00.

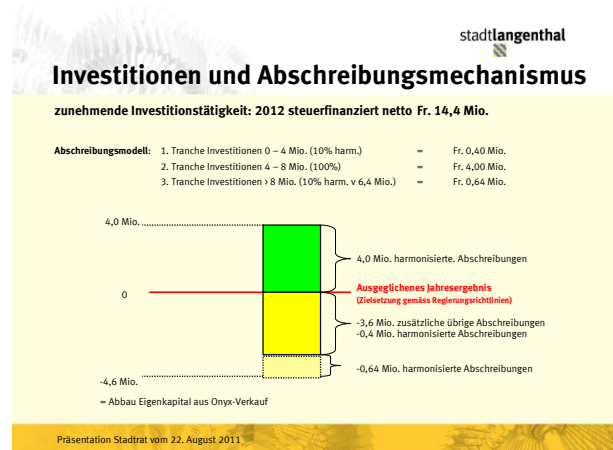


Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

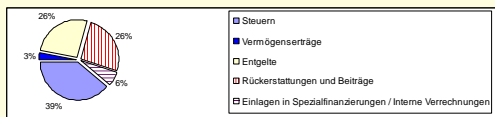
Das seit letztem Jahr angewendete Abschreibungsmodell werde ab der Jahresrechnung 2011 Wirkung zeigen.

Mittels dieses Mechanismus werden künftige Generationen nicht übermässig belastet und die heutige Generation müsse nicht alles selber tragen.



Voranschlag 2012

Überblick Erträge



Ertragsarten im Vergleich zum VA 2011

- Steuern: + 3,0% -> Wirtschaftsprognosen, Anzahl/Qualität Steuerzahler
- Vermögenserträge: - 6,3% -> Abnahme der zinsbringenden Anlagen
- Entgelte: - 3,2% -> v.a. Verschiebung von Erträgen
- Rückstattung/Beiträge: + 18,4% -> höhere Rückstattung Kanton für Sozialhilfe, höhere Finanzausgleichszahlungen, Verschiebung aus „Entgelte“

Präsentation Stadtrat vom 22. August 2011

Die Zunahme der Steuern betrage rund Fr. 1 Mio. Gestützt auf Prognosewerte sei dieser Betrag etwas zurückgenommen worden. Die Steuern 2012 würden noch auf der Veranlagung 2011 beruhen, womit sich die abkühlende Konjunktur voraussichtlich erst ab 2013 bei den Steuerzahlenden bemerkbar machen werde.

Die Abnahme der Vermögenserträge stehe im Zusammenhang mit der Schuldenrückzahlung, womit weniger Vermögen vorhanden sei, das Ertrag abwerfen könne. Die Stadt habe rund Fr. 73 Mio. angelegt. Davon seien lediglich Fr. 8 Mio. (rund 11%) in Aktien investiert. Rund Fr. 50 Mio. seien in festverzinslichen Anlagen angelegt. Langenthal habe in keine Staatsanleihen von Problemstaaten investiert. Fr. 15 Mio. seien in Liegenschaften investiert.

Die Abnahme der Entgelte um rund Fr. 800'000.00 sei damit begründet, dass die Einnahmen der Heimtarife neu unter den Rückstellungen ausgewiesen werden, womit eine Verschiebung in die Rückstattung/Beiträge stattfindet.

Bei den Rückstellungen/Beiträge sei mit den vorerwähnten Heimeinnahmen und den Rückstellungen aus Sozialhilfeleistungen (rund Fr. 1,9 Mio. inklusive Krankenkassenrückstellungen) eine Zunahme von rund Fr. 3,7 Mio. zu verzeichnen. Zudem könne, wie bereits erwähnt, der FILAG 2012 mit höheren Beiträgen im Finanzausgleich gerechnet werden.



Es gelte es trotz der momentan in Diskussion stehenden Rezessionsszenarien und Wechselkursproblematiken einen kühlen Kopf zu bewahren.

Der Gemeinderat werde die wirtschaftliche Entwicklung, die volatiliter denn je sei, genau verfolgen. Der Gemeinderat wolle die Steuerpflichtigen weiterhin entlasten und halte an seiner Strategie - unter Einbezug einer kundenfreundlichen Aufgabenerfüllung - fest.

Auch halte der Gemeinderat weiterhin an seiner Investitionspolitik fest, was auch als Vorwärtsstrategie betrachtet werden könne, da Langenthal in die Infrastruktur investiere und damit die Werte erhalte.

Der Gemeinderat investiere auch in Zukunftsprojekte wie beispielsweise in den ganzen Bereich Bahnhof, in "ict4kids", in das Theater etc., womit Langenthal als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiver werde.

In Langenthal komme eine Steueranlage zur Anwendung, die im Vergleich mit anderen bernischen Gemeinden, als attraktiv bezeichnet werden könne. Dabei gelte es aber nicht zu vergessen, dass sich Langenthal in einem Kantonsgrenzgebiet befinde und sich somit mit den umliegenden Kantonen messen müsse.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass aufgrund der heute präsentierten Planzahlen und Rahmenbedingungen die Steueranlage diskutiert werde. Ein Vergleich der Voranschläge (vor den Abschreibungen und der Buchgewinne = somit rein die Ertragsseite) mit den jeweiligen Rechnungsergebnissen seit dem Jahr 2005 zeige einerseits, dass eine Krise der anderen gefolgt sei und andererseits, dass die Aufwandseite durchschnittlich mit 5,3% gegenüber den Budgets abgeschlossen worden sei. Die Ertragsseite sei durchschnittlich mit 7,7% gegenüber den Budgets abgeschlossen worden. An dieser Stelle müsse der Hebel angesetzt werden. Ein Steueranlagezehntel (Fr. 2,2 Mio.) entspreche rund 2%. Damit werde deutlich, wie weit in letzten Jahren über der Budgetgenauigkeit abgeschlossen worden sei.

Trotz der seit 2005 sinkenden Steueranlage (2005 = 1,62) und einem Umsatz von rund Fr. 74 Mio. (Jahr 2005) betrage der Umsatz heute nahezu Fr. 100 Mio.

Schlussbemerkungen

- **Wirtschaftliche Entwicklung**
- **Entlastung der Steuerpflichtigen**
- **Aufgabenerfüllung**
- **Investitionen**

Antrag Voranschlag 2012

- **Aufwendungen Fr. 98,660 Mio.**
Erträge Fr. 91,173 Mio.
= Aufwandüberschuss Fr. 7,487 Mio.
- **Steueranlage 1,38 (unverändert)**
- **Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)**
- **Hundetaxe Fr. 100.00 (unverändert)**

Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat das vorliegende Budget 2012 zu genehmigen



B Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

Lukas Felber, GPK-Mitglied: Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit des Geschäfts festgestellt und sich dabei mit einigen Details auseinandergesetzt. Einige auf den ersten Blick erscheinende Kostensteigerungen - vor allem im Bereich Polizei, Militär, Feuerwehr, Einwohnerdienst, Bildung, Kultur und Sport - seien genauer betrachtet worden. Von der Verwaltung seien dazu aber ausführliche Informationen und Erklärungen geliefert worden, wofür er sich im Namen der Geschäftsprüfungskommission bedanke. Nebst Anderem handle es sich dabei in der Hauptsache um Verschiebungen. Damit werde die Tatsache deutlich, dass der in Fahrt gekommene Tanker Strukturen mit sich bringe, die grösser werden und die längerfristig nicht mit den budgetierten Einnahmen finanziert werden können. In diesem Zusammenhang stelle sich für die Geschäftsprüfungskommission die Frage, wann Gegensteuer gegeben werden soll, da je drastischer die Bremsung erfolge, um so grössere Strudel entstehen werden.

Der Geschäftsprüfungskommission sei auch der spät angesetzte Abstimmungstermin (17./18. Dezember) aufgefallen. Der Grund dafür sei, dass die Abstimmung nicht einfach mit den National- und Ständeratswahlen im Herbst 2011 kombiniert werden könne. Auch wenn dadurch das Budget 2012 erst im Januar 2012 rechtskräftig werde, stelle dies für die Verwaltung kein Problem dar, die diesbezüglich schon einige Erfahrung habe und wisse - sogar über mehrere Monate - was es heisse, nur gebundene Ausgaben vornehmen zu können.

C Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

Kurt Wyss, FDP/jll-Fraktion: Der Voranschlag 2012 gehe von einem Aufwandüberschuss von knapp Fr. 7,5 Mio. aus. Wie von Gemeinderat Jürg Häusler bereits erläutert, sei dies im Wesentlichen das Resultat der zusätzlichen Abschreibungen aus der erhöhten Investitionsquote sowie der unveränderten Steueranlage von 1.38. Es werde nichts anderes gemacht, als das zusätzlich angehäuften Eigenkapital von rund Fr. 20 Mio. aus den Jahren 2007, 2008 und 2009 weiterhin an die Steuerzahlenden zurück zu zahlen. Der strukturelle Teil des prognostizierten Aufwandüberschusses von Fr. 620'000.00 bewege sich durchaus im Rahmen der finanzpolitischen Grundsätze der Stadt.

Die FDP/jll-Fraktion empfehle die Annahme des Voranschlages 2012 einstimmig und stehe ebenso einstimmig hinter der Abstimmungsbotschaft.

Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion habe nach eingehender Prüfung des Budgets 2012 festgestellt, dass die laufenden Ausgaben erwartungsgemäss zugenommen haben. In der Fraktionssitzung sei über einige Veränderungen und Kürzungen gesprochen worden und zu einigen Punkten seien noch Abklärungen vorgenommen worden. Die aufgeworfenen Fragen seien zur Zufriedenheit der SP/GL-Fraktion vom Finanzamt beantwortet worden.

Von der SP/GL-Fraktion werden keine Anträge zur Veränderung des Budgets gestellt. Die SP/GL-Fraktion unterstütze das Budget 2012 mehrheitlich.

Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion: Herr Gemeinderat Jürg Häusler habe das Zu-Stande-Kommen des budgetierten Fehlbetrages eingehend erläutert. Die Strategie des Gemeinderates, die dem Ergebnis zu Grunde liege, sei nachvollziehbar und entspreche dem definierten Abbau des Eigenkapitals, der primär durch die Abschreibung auf den Nachholinvestitionen entstehe. Die Anliegen der EVP/glp-Fraktion betreffend die zukünftige Finanzsituation der Stadt seien von ihm bereits im vorangegangenen Traktandum Nr. 2 (Finanz- und Investitionsplan 2012 - 2016) erläutert worden.

Die budgetierten Einnahmen aus den ordentlichen Steuern würden gegenüber dem Voranschlag 2011 um Fr. 738'000.00 und gegenüber der Rechnung 2010 um Fr. 933'000.00 zunehmen. Wohlwissend, dass im Rahmen der Veranlagung eine zeitliche Differenz bestehe, werde diese Erhöhung von der EVP/glp-Fraktion als hoch erachtet.



Die EVP/glp-Fraktion finde das ausgewiesene Gesamtergebnis akzeptabel, weshalb auf eine Kommentierung bzw. die Hinterfragung von Einzelpositionen verzichtet werde. Die EVP/glp-Fraktion stimme allen in dieser Vorlage gestellten Anträgen einstimmig zu.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Auch die SVP-Fraktion unterstütze das vorliegende Budget 2012 einstimmig. Die SVP-Fraktion sei mit den Vorgaben des Gemeinderates und auch mit der Steueranlage 1.38 einverstanden, fordere den Gemeinderat aber auf, inskünftig und in zukünftigen Budgets Massnahmen gegen die starke Kostenentwicklung zu ergreifen, damit der Anstieg wieder mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht und strukturelle Defizite in den nächsten Jahren vermieden werden können. Bei Betrachtung der Unterlagen könne festgestellt werden, dass die Finanzkommission bereits erste Massnahmen angezeigt habe. Wären all diese Massnahmen umgesetzt worden, wäre der Abschluss nicht defizitär sondern positiv. Es sei jedoch richtig, dass der Gemeinderat Massnahmen, die zum Teil auch den politischen Bereich betreffen, zurückgestellt habe; diese aber sicher nächstes oder übernächstes Jahr - unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung - wieder zur Diskussion stellen müsse.

In der SVP-Fraktion habe die Ausgabenentwicklung in der öffentlichen Sozialhilfe einmal mehr zu diskutieren gegeben. Vor Allem in der "Unterstützung für Ausländer", seien weitere massive Erhöhungen zu erwarten. Grundsätzlich gelte es zu erwähnen, dass die bisherige Politik des permanenten Ausbaus des Beratungs- und Unterstützungsangebots durch den Kanton und die Gemeinden sowie die wohlwollende Behandlung aller Unterstützungsfälle, nach Auffassung der SVP-Fraktion, klar gescheitert sei. Es brauche eine Strategie, die Langenthal für Sozialhilfeempfänger weniger attraktiv mache und mit der die Hürde innerhalb der gesetzlichen Vorgaben erhöht werden könne. Die Konkretisierung und Umsetzung einer solchen Strategie müsse in den nächsten Jahren eine der Hauptaufgaben des Gemeinderates sein.

Als Mitglied der Finanzkommission, welches den Budgetweg bereits fünf oder sechs Mal durchlaufen habe, frage er sich in Bezug auf den Budgetzeitpunkt, ob es zweckmässig sei, die Budgetierung auf zwei Lesungen im Stadtrat auszurichten. Speziell die diesjährige Budgetierung habe gezeigt, dass im Frühjahr die wesentlichen kantonalen Vorgaben zum Lastenausgleich wie auch die Entwicklung der Steuereinnahmen noch nicht vorhanden gewesen seien, als bereits über Sparmassnahmen gesprochen worden sei. Irgendwann im Juni sei vom Kanton dann die Mitteilung eingegangen, dass mit Fr. 2 Mio. weniger gerechnet werden könne. Bei den Vorgaben der Schulen sei es ähnlich gewesen, womit sich ihm die Frage stelle, ob ein nach hinten Schieben des Budgetfahrplanes nicht sinnvoll wäre und in Angriff genommen werden sollte. Das Gleiche sei auch bei den Investitionen passiert. Auch dort hätten Vorgaben bestanden und erst im Nachhinein seien Investitionen gekommen. Aus seiner Sicht klappe noch nicht alles wie es sollte, wobei es natürlich nicht klappen könne, wenn im April - zur Zeit noch grosser Ungewissheiten - mit der Budgetierung angefangen werde. Seiner Ansicht nach gelte es sich zu überlegen, was passieren würde, wenn im Juni oder im Juli mit der Budgetierung angefangen würde, womit das Budget wie früher im Oktober vom Stadtrat verabschiedet werden könnte.

Die SVP-Fraktion unterstütze das Budget 2012 einstimmig und ohne Änderungsvorschläge einzubringen.

Samuel Köhli: Dass im Stadtmarketing der Schlittschuhclub zum grössten Posten aufmutiert worden sei, finde er bedenklich und erachte es als eine ziemlich vorherrschende Einfaltslosigkeit. Er bitte den Gemeinderat das nächste Mal zu bedenken, dass es sicher andere Möglichkeiten gebe, die Stadt in ein gutes Licht zu rücken und, dass er sich Gedanken mache, wie vielleicht andere Ideen gefördert werden könnten.

Stefan Ryser: Eigentlich habe er gar nichts sagen wollen, sehe sich aber durch die Voten der Vorredner - in denen immer wieder von Fr. 20 Mio., die in den Jahren 2007 - 2009 an Gewinn gemacht worden seien, zur Sprache gekommen sei - dazu veranlasst. Im Bericht zum Finanzplan 2012 - 2016 (rosa Papier) stehe, dass es sich um Fr. 17,8 Mio. handle. Natürlich können auch Fr. 2 Mio. als im Streubereich bezeichnet werden, was aber nicht ganz seiner Meinung entspreche. Bei näherer Betrachtung, wie diese Millionen zu Stande gekommen seien, werde ersichtlich, dass in den letzten Jahren Fr. 5 Mio. Buchgewinne verbucht worden seien, was in den nächsten drei, vier Jahren aber nicht mehr der Fall sein werde.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Auch dieser Betrag müsste vielleicht in Abzug gebracht werden. Weiter resultiere ein Verlust von Fr. 3 Mio., der eigentlich auch noch zu decken wäre. Wenn diese Beträge von den Fr. 17,8 Mio. abgezogen würden, bewege man sich nahe bei Fr. 10 Mio.

Auch die Steuersenkung, die durchgeführt worden sei, habe bis jetzt Fr. 3,3 Mio. ausgemacht und weitere Fr. 11 Mio. werden folgen. Das heisse, dass Geld im Betrag Fr. 14,3 Mio. bereits weg sei.

Wie dies von zwei, drei Vorrednern bereits erwähnt worden sei, mache auch er an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass zwingend "über die Bücher gegangen werden müsse". Es könne nicht sein, einfach Steuern zu senken und zu versprechen, Geld an die Steuerzahlenden zurückzugeben, ohne ein Maximum für die Jahre 2007 - 2009 zu setzen. Die Rückgabe sei damals richtig gewesen, aber nur, weil gewisse ausserordentlichen Gewinne nicht entnommen worden seien. Diese Praxis soll nun weitere fünf Jahre durchgezogen werden, womit die Steuern um weitere Fr. 11 Mio. gesenkt werden.

Ohne einen Antrag zur Steueranlage zu stellen, stimme er gegen das Budget und bringe damit zum Ausdruck, dass jetzt gehandelt werden müsse. Alle seien gefordert, das Problem anzugehen und mit sauberen Eckwerten saubere Ausgaben- und Einnahmenüberprüfungen vorzunehmen und diese im Detail zu hinterfragen.

D Detailberatung des Voranschlags 2012 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)

Stadtratspräsident Roland Christen gibt die seitenweise Beratung der Budgetzahlen (Heft Voranschlag 2012) frei. Er bittet allfällige Wortmeldungen und Anträge nach entsprechendem Aufruf der jeweiligen Seitenzahl anzubringen.

Seite 8 (Position 180.365.03/Schlittschuhclub Langenthal AG; Sponsoringbeitrag):

Samuel Köhli beantragt, den Beitrag an den Schlittschuhclub Langenthal im Voranschlag 2012 (Position 180.365.03) von Fr. 50'000.00 auf Fr. 25'000.00, entsprechend dem Vorjahr, zu kürzen.

Beat Sterchi: Der Antrag von Stadtrat Samuel Köhli werde von ihm unterstützt. Auch die Finanzkommission habe den Betrag bereits von Fr. 50'000.00 auf Fr. 25'000.00 gekürzt. Er finde es nicht ganz in Ordnung, dass alle Erhöhungsgesuche der anderen Vereine aus budgettechnischen Gründen zurückgenommen worden seien, wogegen ausgerechnet beim Schlittschuhclub Langenthal eine Verdoppelung stattgefunden habe.

Pascal Dietrich: Der Beitrag sei nicht als Vereinsbeitrag deklariert, sondern laufe unter dem Titel Stadtmarketing, was seiner Meinung nach auch absolut richtig sei. Er sei davon überzeugt, dass der Aufstieg des Schlittschuhclubs Langenthal in die Nationalliga B vor mittlerweile neun oder zehn Jahren eine grosse Auswirkung auf die Bekanntheit Langenthals habe. Seit der SCL wieder in der Nati B spiele, sei der Unterschied zwischen Langnau und Langenthal wieder ersichtlich, was häufig nicht der Fall gewesen sei. Heute könne in Bern der SC Langenthal oder die Stadt Langenthal erwähnt werden, ohne Gefahr zu laufen mit Langnau verwechselt zu werden. Unter diesem Aspekt finde er den budgetierten Beitrag von Fr. 50'000.00 unter dem Titel Stadtmarketing absolut richtig. Er bitte die Wirkung des SC Langenthals nicht zu unterschätzen und vor Allem daran zu denken, dass die Kosten im Sport - wie in vielen anderen Bereichen auch - ständig steigen und, dass es immer schwieriger werde - auch für den SC Langenthal - ein ausgeglichenes Budget auf die Beine zu stellen. Verschiedene Träger aus der regionalen Wirtschaft helfen mit grossen Beträgen mit. Dementsprechend erachte er es als ein falsches Signal, wenn die Stadt Langenthal in die umgekehrte Richtung agieren würde. Aus diesem Grund bitte er, den Antrag von Stadtrat Samuel Köhli abzulehnen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Stadtratspräsident Roland Christen bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag von Stadtrat Samuel Köhli** (im Konto 180.365.03 an Stelle der Fr. 50'000.00 Fr. 25'000.00, entsprechend dem Vorjahr, einzustellen):

- **Dem Antrag von Stadtrat Samuel Köhli** (im Konto 180.365.03 an Stelle der Fr. 50'000.00 Fr. 25'000.00 entsprechend dem Vorjahr einzustellen) **wird mit 21 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

III Abstimmung:

E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.):

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltung):

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 22. August 2011 - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung in der Position 180.365.03:

1. Der Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde, mit Aufwendungen von ~~Fr. 98'660'142.00~~ **Fr. 98'635'142.00** und Erträgen von Fr. 91'172'640.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss von ~~Fr. 7'487'502.00~~ **Fr. 7'462'502.00**, wird genehmigt.
2. Im Jahre 2012 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das **1,38-fache** (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftsteuer von **1,0%** (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Die Hundetaxe wird auf **Fr. 100.00** (unverändert) je Hund und Jahr festgesetzt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

F Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 17./18. Dezember 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Roland Christen gibt die Beratung zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten frei und bittet allfällige Voten und Anträge nach Aufruf der entsprechenden Seitenzahl einzubringen.

Seite 15 (4. Vergleich Voranschlag und Integration Industrielle Betriebe IBL):

Beat Sterchi: Seite 15 bilde - mit im Moment noch nicht aktuellen Zahlen - die Darstellung des Vergleichs der Voranschläge und die Integration der IBL ab. Abklärungen mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) haben ergeben, dass weder Rechnungen noch Voranschläge von selbstständigen Anstalten mit den Erträgen der Gemeinden zu konsolidieren seien. Offensichtlich genüge ein Hinweis in der Gemeinderechnung und in dessen Anhang eine entsprechende Darstellung der Rechnung der Industriellen Betriebe. **Er beantrage deshalb, auf die beiden Darstellungen (Integration IBL - Laufende Rechnung und Integration IBL - Investitionsrechnung) zu verzichten.**

Die Zahlen der IBL haben keinen Einfluss auf den Gemeindevoranschlag und unter den Stimmbürgern führen sie zu Verwirrungen, weil sie die ganze finanzielle Lage eigentlich besser darstellen als sie seien, da die Industriellen Betriebe eigentlich immer positiv abschliessen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Gemeinderat Jürg Häusler: Die Bestimmungen seien klar. Artikel 33 und Artikel 34 der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden schreibe ausdrücklich vor, die Integration sowohl in die Jahresrechnung wie auch in den Voranschlag aufzunehmen. Die Stadt Langenthal verfüge über keine offiziellen Kenntnisse, dass diese Bestimmung keine Gültigkeit mehr habe.

Über Sinn und Unsinn dieser Bestimmung lasse sich logischerweise diskutieren. Wenn eine aussagekräftige Massnahme ergriffen werden soll, dann sei dies natürlich ohne überhöhten Aufwand zu betreiben, nicht möglich. Die Darstellung auf Seite 15 sei bereits auf das Notwendigste gekürzt worden, so dass den Vorschriften entsprochen werden könne.

Beat Sterchi: Es sei ein Unsinn, den Voranschlag der Stadt und den Voranschlag der Industriellen Betriebe zusammenzuzählen, gegen den er sich einfach wehre. Wenn eine entsprechende Darstellung vorgeschrieben sei, dann sei nicht das zusammengezählte Resultat abzubilden, sondern ein Hinweis auf das Budget der Stadt und auf das Budget der IBL anzubringen. Schlussendlich werde nicht über ein zusammengezähltes Budget abgestimmt, ansonsten über eine Steuersenkung gesprochen werden müsste, weil die Industriellen Betriebe immer derart positiv abschliessen, womit das ganze Resultat verfälscht würde. Ihm gehe es darum, dem Stimmbürger eine saubere Information zu geben, die der Direktionsverordnung auch entspreche. Er wisse, dass die Stadt Bern und weitere Städte darauf verzichten.

Wenn aber buchstabengetreu vorgegangen werden wolle, dann seien die ersten zwei Zeilen ("Voranschlag 2012 IBL" und "Voranschlag 2011 IBL") halt zu belassen, aber auf das Zusammenzählen zu verzichten, da dies ein völlig falsches Bild vermittele und eigentlich überhaupt nicht mit dem zu fassenden Beschluss übereinstimme. **Er ändere seinen vorhin gestellten Antrag und beantrage neu, in den beiden Darstellungen (Integration IBL - Laufende Rechnung und Integration IBL - Investitionsrechnung) die Kolonnen "interne Berichtigung" und integrierter Voranschlag" zu streichen**, womit den Bestimmungen der Direktionsverordnung Rechnung getragen werde.

Stadtratspräsident Roland Christen bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag von Stadtrat Beat Sterchi** (Streichung der Kolonnen "interne Berichtigung" und integrierter Voranschlag" in den Darstellungen "Integration IBL - Laufende Rechnung" und "Integration IBL - Investitionsrechnung"):

- **Dem Antrag von Stadtrat Beat Sterchi** (Streichung der Kolonnen "interne Berichtigung" und integrierter Voranschlag" in den Darstellungen "Integration IBL - Laufende Rechnung" und "Integration IBL - Investitionsrechnung") **wird mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

Stadtratspräsident Roland Christen bittet um **Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs** (Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 17./18. Dezember 2011):

- **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 6. Juli 2011 - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung** (mit 32 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein, bei 1 Enthaltung).

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

4. Wehrdienste: Zustimmung zur Fusion der Feuerwehren Langenthal und Bleienbach; Bewilligung der Finanzierung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Roland Christen heisst die unter den Zuschauern anwesenden Vertreter der Feuerwehr und des Gemeinderates Bleienbach herzlich willkommen.

Gemeinderat Rolf Baer: Auch er begrüsse die anwesenden Vertreter der Wehrdienste und der Behörden der Gemeinde Bleienbach, den Langenthaler Feuerwehrkommandanten sowie den Amtsvorsteher des Amtes für öffentliche Sicherheit herzlich.

Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Bleienbach habe bereits eine über 10-jährige Tradition und sei in einem Vertrag geregelt. Da die Gemeinde Bleienbach die materiellen Vorgaben der Gebäudeversicherung des Kantons Bern (GVB) nicht mehr, oder nur mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand erfüllen könnte, habe die Einwohnergemeinde Bleienbach mit Schreiben vom 16. September 2010 nun konsequenterweise das Gesuch gestellt, ihre Feuerwehr mit dem Langenthaler Wehrdienst zusammenzulegen bzw. zu fusionieren.

Bereits im Oktober 2010 habe der Langenthaler Gemeinderat dem Anliegen Bleienbachs grundsätzlich zugestimmt und einen Projektausschuss eingesetzt, welcher das Geschäft zu Händen des Stadtrates vorbereitet habe. An dieser Stelle danke er dem Ausschuss (zusammengesetzt aus Vertretern aus Bleienbach und Langenthal) für die Ausarbeitung des vorliegenden Fusionsvertrages und die Regelung der vielen Detailfragen im Zusammenhang mit der geplanten Fusion bestens.

Am 27. April 2011 haben die Kommission für öffentliche Sicherheit (KöS) und die Finanzkommission als beratende Behörden dem Geschäft zu Händen des Gemeinderates zugestimmt. Nach der Zustimmung der Exekutiven (Gemeinderat Langenthal und Gemeinderat Bleienbach) habe die Gemeindeversammlung von Bleienbach am 6. Juni 2011 das Selbe beschlossen. Der Gemeinderat von Langenthal beantrage dem Stadtrat nun, dem vorliegenden Beschlussentwurf zur Fusion der beiden Wehrdienste zuzustimmen.

Mit der Fusion übernehme Langenthal zusätzlich ein gut ausgebautes Feuerwehrmagazin, 2 Feuerwehrfahrzeuge und weiteres Material. Gleichzeitig können 40 motivierte und bestens ausgebildete AdF (Angehörige der Feuerwehr) in das Langenthaler Korps integriert werden. Die Bleienbacher werden einen eigenständigen Löschzug bilden und ihre Identität bewahren können. Gleichzeitig würden ihnen ab dem 1. Januar 2012 alle Chargen/Funktionen des Sonderstützpunktes Langenthal offen stehen. Für Langenthal sowie für Bleienbach ergebe sich eine eigentliche Win-Win-Situation.

Wenn auf der Kostenseite die einmaligen Aufwendungen von Fr. 137'700.00 mit den zu erwartenden Beiträgen der GVB (im Zusammenhang mit der Fusion der Steckholzer Feuerwehr) verrechnet werden, betrage der Ertragsüberschuss immer noch rund Fr. 57'500.00. Die jährlich wiederkehrenden Aufwendungen betragen Fr. 43'400.00 und müssen vom Stadtrat beschlossen werden. Wenn auch hier die Erträge miteinbezogen werden, bleibe ein jährlicher Aufwandüberschuss von Fr. 4'100.00.

Wenn der Stadtrat dem Beschlussesentwurf heute zustimme, könne die Fusion ab dem 1. Januar 2012 operativ umgesetzt werden.

Zusammenfassung:

- Die Fusion der beiden Feuerwehren bedeute eine klare Stärkung des Sonderstützpunktes Langenthal, auch im Sinne einer Konzentration der Kräfte. Die Fusion liege somit ganz auf der Linie der Regierungsrichtlinien der laufenden Legislatur.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

- Die Überführung des Zusammenarbeitsvertrages in einen Fusionsvertrag sei eine Konsequenz der "Politik" der kantonalen Gebäudeversicherung: Nutzung der Synergien, Erfüllung der gesteigerten Anforderungen im Bereich Material, Fahrzeuge und Ausbildung.
- Mit der Fusion gewinne Langenthal einen gut ausgebildeten, motivierten Löschzug.
- Die Finanzierung sei gesichert. Kostenseitig könne von einer Win-Win-Situation für Langenthal und Bleienbach ausgegangen werden.
- Bleienbach stelle dem Stützpunkt Langenthal ein gut ausgebautes Feuerwehrmagazin zur Verfügung.
- Das Anliegen der Gemeinde Bleienbach stelle unter Anderem auch ein Vertrauensbeweis in die Arbeit, die Kompetenz und die Führungsorganisation Langenthals dar.

Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat, dem Beschlussesentwurf des vorliegenden Geschäfts zuzustimmen.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission sei nicht gegen die Fusion der beiden Feuerwehren, beantrage dem Stadtrat aber trotzdem einstimmig, das Geschäft heute Abend zurückzuweisen und auf eine Ehrenrunde zu schicken.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission entschuldige er sich vorweg, mit diesem Antrag etwas spät zu kommen. Die Kostendarstellung im Bericht und Antrag des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 11. April 2011 (Seite 6 unten und Seite 7 oben) habe die Geschäftsprüfungskommission stutzig gemacht. Die Geschäftsprüfungskommission stelle fest, dass mit den Begriffen "verknüpfen" und "Mischrechnung" gearbeitet werde. Die Fusion der Feuerwehr Steckholz werde mit der Fusion der Feuerwehr Bleienbach verknüpft und die entsprechenden Kosten in einer Mischrechnung dargestellt. Die Geschäftsprüfungskommission erachte dies als keine gute Argumentation, da die beiden Geschäfte völlig getrennt voneinander zu führen seien. Die Fusion mit der Feuerwehr Steckholz sei abgeschlossen und erledigt. Die Stadt Langenthal habe die entsprechenden Beiträge dafür erhalten, womit die Fusion quasi bezahlt sei. Die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach dagegen sei somit ein neues Geschäft. Die Geschäftsprüfungskommission erachte es aus diesem Grund als unzulässig, die beiden Kostenaufstellungen miteinander zu vergleichen. Dieses Vorgehen habe Auswirkungen. Wie Gemeinderat Rolf Baer bereits gesagt habe, entstehe eine Win-win-Situation, weil sich ein Überschuss von Fr. 57'000.00 aus diesen Fusionen ergeben würde, was aber keiner präzisen Rechnung entspreche.

Es gelte klar zu erkennen, dass die GVB der Stadt Langenthal für die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach nichts zahle. Das heisse, dass die beiden Fusionen richtigerweise getrennt angeschaut werden müssen. Die Fusion mit der Feuerwehr Steckholz habe einen wunderbar schönen Gewinn gebracht, weil die GVB die Beitragsleistungen erhöht habe. Die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach hingegen, verursache der Stadt Langenthal Kosten, weil die GVB plötzlich der Meinung sei, dass die Gemeinde Langenthal für die Fusion mit Bleienbach keine Beiträge erhalten soll. Obwohl die Stadt Langenthal unter dem Strich mit beiden Fusionen zusammen Fr. 57'500.00 Gewinn mache, verursache die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach immerhin Kosten von rund Fr. 70'000.00, weshalb eine Korrektur an den Kosten vorgenommen werden müsse.

In der Geschäftsprüfungskommission - die die formell korrekte Abwicklung von Stadtratsgeschäfte zu prüfen habe - sei Skepsis aufgekommen, weil die beiden Geschäfte miteinander verbunden worden seien. Aus diesem Grund habe die Geschäftsprüfungskommission anlässlich ihrer Sitzung vom 15. August 2011 um zusätzliche Informationen gebeten, die erklären, wie es zu dieser Gesamtkostendarstellung gekommen sei. Am Freitag 19. August 2011 seien die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission per Mail vom Amtsvorsteher Afös, Herrn Andreas Ryf, informiert worden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Die Geschäftsprüfungskommission habe zur Kenntnis genommen, dass die Beiträge, die die GVB spreche, auf ein Reglement der GVB zurückzuführen seien. Gemäss diesem Reglement zahle die GVB Fusionsbeiträge, die prozentual zu den Betriebsbeiträgen stehen. Demnach hätte also die Stadt Langenthal für die Fusion mit der Feuerwehr Steckholz Fr. 240'000.00 erhalten, wogegen die Fusion mit Bleienbach knappe Fr. 66'500.00 bringe. Die Geschäftsprüfungskommission habe keine weiteren Informationen erhalten, wie es zu dieser Praxis gekommen sei.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich heute vor der Stadtratssitzung zu einer ausserordentlichen Sitzung getroffen und habe festgestellt, dass die GVB offenbar der Meinung sei, nur eine einzige Fusion mit Beiträgen zu unterstützen. Das heisse, weil Langenthal bereits einen verdankenswerten Beitrag für die Fusion mit der Feuerwehr Steckholz erhalten habe, für die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach keine Unterstützung mehr erhalte. Die Geschäftsprüfungskommission erachte das Gebahren der GVB als sehr eigenartig und nahezu willkürlich, da eine solche Praxis dem Grundsatz der Rechtsgleichheit sicher nicht entspreche. Die Geschäftsprüfungskommission habe diese Praxis auch nirgends in den Beitragsreglementen der GVB gefunden. Darin sei keine Rede, dass eine Stadt wie Langenthal nur ein einziges Mal Unterstützungsbeiträge für eine Fusion erhalten soll. Offenbar entspreche dieses Vorgehen einfach einer gängigen Praxis der GVB.

In den Reglementen sei tatsächlich auch postuliert, dass alles freiwillig sei, was die GVB an Fusionsunterstützung ausschütete. Da die GVB für die Fusion mit Steckholz freiwillig etwas gesprochen habe, müsse sie dem Grundsatz der Rechtsgleichheit entsprechend selbstverständlich auch für eine andere Fusion wiederum freiwillig etwas sprechen, zumal die GVB keine rein privat-wirtschaftlich, sondern aufgrund ihrer Monopolstellung eine halb-staatlich geführte Organisation sei.

Die Formulierung im Bericht und Antrag des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 11. April 2011 (Seite 7) betreffend die Verknüpfung der beiden Geschäfte sei aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission formell nicht in Ordnung. Verbunden mit dem **Antrag an den Stadtrat, das Geschäft zurückzuweisen**, werde der Gemeinderat deshalb gebeten:

1. mit der GVB zu sprechen, da die Geschäftsprüfungskommission der Meinung sei, dass die GVB der Stadt Langenthal auch für die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach etwas zahlen sollte.
2. die Trennung zwischen der Fusion Steckholz und der Fusion Bleienbach vorzunehmen, was nach Meinung der Geschäftsprüfungskommission keine grosse administrative Sache sein könne.

Die Geschäftsprüfungskommission sei davon überzeugt, dass diese Fragen bis zur nächsten, oder allenfalls übernächsten Stadtratssitzung beantwortet und geklärt werden können, so dass die Fusion mit der Feuerwehr Bleienbach trotzdem per 1. Januar 2012 in Kraft treten könne.

In Namen der Geschäftsprüfungskommission bitte er dem einstimmig gefassten GPK-Beschluss, **dem Stadtrat zu beantragen das Geschäft zurückzuweisen, zuzustimmen**.

Gemeinderat Rolf Baer: Bei allem nötigen Respekt, den er "Monsieur le Président" der Geschäftsprüfungskommission entgegenbringe, könne er heute Abend nicht für die GVB sprechen. Er könne lediglich versuchen, die aus dem Votum des GPK-Präsidenten herausgegangenen Fragen zu klären. Immerhin haben sich sämtliche Behörden - und damit viele relativ gescheite Leute - mit dem Geschäft auseinandergesetzt, dessen Richtigkeit gesehen und diesem auch zugestimmt. Selbstverständlich achte und respektiere er die Vorbehalte der Geschäftsprüfungskommission.

Die Frage, wie sich die Beiträge der GVB eigentlich berechnen lassen, stehe im Raum. Die GVB möchte, dass Fusionen passieren. Die GVB möchte Fusionen unterstützen, was sie auch tue, indem sie zusätzliche Beiträge spreche (so genannte Fusionsbeiträge). Diese Beiträge seien aber für sämtliche Player einmalig. Das heisse, da Langenthal einen Fusionsbeitrag von der GVB bekommen habe, keinen weiteren Beitrag mehr erhalte, auch wenn Langenthal mit weiteren zwei oder drei Gemeinden fusioniere würde. Es handle sich um Fr. 136'764.00, was sehr hoch bemessen sei. Dieser Beitrag sei wegen einer Reglementsanpassung der GVB möglich gewesen.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Den Akten sei zu entnehmen, dass im Zuge der Steckholzer-Fusion je Fr. 46'000.00 bzw. Fr. 48'000.00 (Unter- und Obersteckholz) angefallen seien. Das seien Beiträge, die diese Gemeinden erhalten haben, die dann aber an die Stadt Langenthal bezahlt worden seien. Die gemachte Aussage, dass es für Bleienbach keinen Fusionsbeitrag mehr gebe, sei nicht richtig. Die GVB trage zur Fusion mit Bleienbach einen Beitrag von Fr. 66'474.00 bei, den Langenthal von Bleienbach bekommen werde. Der Betrag für Langenthal selber (Fr. 136'000.00) sei jedoch einmalig und werde nicht wiederholt. Darum sei im Bericht und Antrag auch klar formuliert, wie es schlussendlich - trotz einmaliger Kosten - dazu komme, wieder auf der Ertragsseite zu landen.

In den Beschlussesentwürfen seien die beiden Geschäfte ganz klar getrennt, so dass nur von der Fusion mit Bleienbach die Rede sei. Entgegen einer entsprechenden Erwähnung im Bericht und Antrag könne somit nicht von einer Mischrechnung gesprochen werden. Ausserdem enthalte das Reglement der GVB eine Kann-Formulierung, wonach die GVB überhaupt nicht verpflichtet sei, Fusionsbeiträge auszurichten. Im Übrigen seien die Fusionsbeiträge für die Langenthal-Steckholz-Fusion bei der Stadt Langenthal bereits eingetroffen. Darüber werde bereits verfügt.

Er bitte dem Geschäft zuzustimmen.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Es treffe zu, dass Langenthal für die Fusion mit Bleienbach nichts erhalte, wogegen Bleienbach etwas dafür erhalte, das selbstverständlich irgendwann einmal, wenn die Fusion perfekt sei, in die Stadtkasse Langenthal fliessen werde. Die Stadt Langenthal erhalte für die Fusion aber nichts.

Im Beschlussesentwurf sei tatsächliche keine Rede mehr von der Steckholzer-Fusion. Nur seien dort - gemäss dem anzuwendenden Bruttoprinzip - nur die Aufwendungen beschrieben, da wie bei jedem Beschlussesentwurf die Einnahmen (Fusionsbeiträge) darin nicht erwähnt seien.

Stefan Ryser: Da ohnehin am heutigen Abend eine Verpflegungspause vorgesehen sei, erachte er es als sinnvoll die Pause vorzuziehen und stellt den **Ordnungsantrag die Sitzung jetzt zu unterbrechen, um die Thematik in aller Ruhe in den Fraktionen zu besprechen.**

Beat Sterchi: Die Gelegenheit wahrnehmend, das Wort trotz des gestellten Ordnungsantrages, zu erhalten, frage er Gemeinderat Rolf Baer, ob es nicht möglich wäre, dem Geschäft einfach zuzustimmen, den Gemeinderat verbunden mit der Zustimmung jedoch zu beauftragen, bei der GVB zu intervenieren. Damit würde - falls es so sein sollte, wie die Geschäftsprüfungskommission gesagt habe - allenfalls die Ertragsseite eine Verbesserung erfahren. Auf der Aufwandseite, die am heutigen Abend ohnehin zu bewilligen sei, ändere sich - entsprechend seinem Verständnis - jedoch nichts. Mit diesem Vorgehen könnte die Aufwandseite heute bewilligt werden und der Gemeinderat könnte an einer der nächsten Sitzungen den Stadtrat beispielsweise im Rahmen der "Mitteilungen des Gemeinderates" über das Ergebnis der Verhandlungen mit der GVB informieren, womit das Problem seiner Ansicht nach gelöst wäre, ohne dass das Ganze auf eine juristische Auseinandersetzung hinauslaufe, die sich momentan abzeichne und die dazu führen würde, dass die Fusion auf den 1. Januar 2012 ganz sicher nicht zu Stande komme.

Gemeinderat Rolf Baer habe zu entscheiden, ob das vorgeschlagene Vorgehen die Aufwandseite beeinflusse oder nicht. Wenn dem nicht so sein sollte, sei er der Meinung, das Geschäft heute - verbunden mit der Weisung oder der Anregung an den Ressortvorsteher und das Polizeinspektorat, weitere Abklärungen zu treffen - zu bewilligen.

Stadtratspräsident Roland Christen bittet um Abgabe der Stimme zum **Ordnungsantrag** von Stadtrat Stefan Ryser, die Sitzung zur Beratung des vorliegenden Traktandums in den Fraktionen zu unterbrechen:

■ **Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag von Stadtrat Stefan Ryser grossmehrheitlich zu.**

Stadtratspräsident Roland Christen unterbricht die Sitzung um **19.45 Uhr** zur Beratung der Vorlage in Verbindung mit einer Verpflegungspause von 20 Minuten.

Stadtratspräsident Roland Christen erklärt die Pause um **20.05 Uhr** als beendet und bittet um Weiterführung der unterbrochenen Beratung zum Traktandum Nr. 4.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Gemeinderat Rolf Baer: Weil der Gemeinderat das gute Geschäft nicht gefährden wolle, und weil die Fragen der Geschäftsprüfungskommission geklärt werden sollen, indem mit der GVB nochmals Verbindung aufgenommen werden soll, **ziehe der Gemeinderat das Geschäft zurück.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Überbauungsordnung Nr. 25 "Fussgängerzone Marktgasse/Parkierung Sagibach"

- Änderung der Überbauungsordnung Nr. 25 "Fussgängerzone Marktgasse/Parkierung Sagibach"; Zustimmung
- Umgestaltung der Seitenbereiche, Umsetzung Beleuchtungskonzept sowie Ersatz Kanalisationsleitung; Genehmigung der Ausführungsprojekte und Bewilligung des Investitionskredites (Rahmenkredit)

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Wer im Anschluss an die Sitzung das Gebäude in rechter Richtung verlasse, könne über den Parkplatz "Wuhr" bis ins Stadtzentrum über eine erneuerte Oberfläche gehen. Die letzten Anpassungen auf dem neu gestalteten Wuhrplatz werden zur Zeit vorgenommen. Der Übergang in die Jurastrasse sei bereits seit längerem erfolgt und die Jurastrasse werde gegenwärtig auch erneuert. Weiter führe der Weg durch die unteren Marktgasse, die mit dem erneuerten Bereich der Fahrbahn und dem ebenfalls erneuerten Hochtrottoir auf der linken Seite auch bereits umgestaltet worden sei. Im Stadtzentrum (beim Hotel Bären) angelangt, beginne die obere Marktgasse, die noch eine holperige Pflasterung, zum Teil noch enge und niveauunterschiedliche Seitenbereiche sowie ein altes Beleuchtungssystem aufweise.

Zusammenfassend festgestellt, gehe es heute Abend um ein altes in Langenthal schon über Jahre pendentes Thema. Am heutigen Abend bestehe nun die Chance, den Weg freizumachen, um auch in der oberen Marktgasse die fällige Erneuerung vornehmen zu können. Das vorliegende Geschäft sei zweigeteilt. Einerseits gehe es um die Überbauungsordnung Nr. 25 "Fussgängerzone Marktgasse/Parkierung Sagibach", die relativ umfassend und in zwei Hauptteile (Marktgasse und Parkierung Sagibach) gegliedert sei. Heute stehe eigentlich nur den die Marktgasse betreffende Teil zur Diskussion. Andererseits gehe es um die Genehmigung eines Ausführungsprojektes und um die Bewilligung der Investitionskredite, die zur Umsetzung nötig seien.

Die Überbauungsordnung Nr. 25 bestehe - wie jede Überbauungsordnung - aus einem Überbauungsplan und aus Überbauungsvorschriften.



Im Grundsatz sei die vorliegende Überbauungsordnung dem Stadtrat bereits im Herbst 2006 konsultativ vorgelegt worden. Der Inhalt der Überbauungsordnung sei damals nach einem endlosen Hin und Her dem Stadtrat mit der Aufforderung zur Kenntnis gebracht worden, allfällige Änderungswünsche anzubringen.

Die grundsätzlichen Vorgaben der Überbauungsordnung - vor Allem die verkehrliche Nutzung als Fussgängerzone - seien an zwei Volksabstimmungen zwei Mal bestätigt worden und bildeten auch für die weitere Definition einen klaren Ausgangspunkt.

Überbauungsvorschriften: Für eine Fussgängerzone seien auch Punkte betreffend Motorfahrzeuge zu regeln. In der Überbauungsordnung seien entsprechende Regelungen enthalten. Unter Anderem sei darin auch erwähnt, dass Rettungsfahrzeuge, Taxis, Busse, Reisedcars, Fahrzeuge für den öffentlichen Unterhalt, Fahrzeuge von gehbehinderten Personen mit Ausweis, die Marktgasse grundsätzlich befahren können. Auch Fahrzeuge für den Güterumschlag können die Marktgasse befahren. Die Zufahrtsregelung werde nach dem Signalisationskonzept vom 19. Januar 1998 umgesetzt. Für die Regelung der Dauer und des Zeitpunktes von Güterumschlagsfahrten sei der Gemeinderat zuständig.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Auch der Punkt der Parkplätze sei lange diskutiert worden. Eine lange Zeit sei über Parkplätze beim Löwen oder beim Choufhüsi hin und her laviert worden, was wieder Einsprecher aufs Tapet gebracht habe. Der Gemeinderat habe deshalb im Vorfeld (Jahr 2006) bereits entschieden, auf die Parkplätze vor dem Choufhüsi verzichten zu wollen und im Bereich des Löwen Parkplätze anzuordnen, wovon einer dieser Parkplätze ein Invalidenparkplatz sei. Diese Parkplätze seien die einzigen öffentlichen Parkplätze, die im Perimeter der Überbauungsordnung vorgesehen seien.

Die Zone soll auch für Festivitäten und Veranstaltungen zur Verfügung stehen, was entsprechend den üblichen Regelungen mit Sonderbewilligungen geschehe, die durch den Polizeiinspektor ausgestellt werden. Die Nutzung des Gassenbereichs (zwischen der bisherigen Fahrbahn), der sich im Eigentum der Stadt befinde und die Nutzung der angrenzenden Seitenbereiche und die der erhöhten Trottoirs werde in der Überbauungsordnung unterschieden. Die bisherige Fahrbahn diene dem Fussgänger- und Veloverkehr, dem Güterumschlag, den Festanlässen, den Märkten. Sie diene jedoch auch als Zufahrt zu den Parkplätzen und sei nach wie vor im Hochwasserschutzkonzept als Hochwasser-Entlastungskanal enthalten.

Die Nutzung der Seitenbereiche und der erhöhten Trottoirs, die sich im privaten Eigentum befinden, sollen dem Fussgängerverkehr aber auch den mobilen Geschäftsauslagen, Strassencafés, Verkaufsständen etc. dienen. In den Seitenbereichen nicht vorgesehen, seien massiv und dauernd mit dem Boden verbundene Bauten und Einrichtungen mit zwei Ausnahmen, die in der Überbauungsordnung wiederum speziell erwähnt seien: Terrasse auf der Parzelle Nr. 461 (blaues Haus) und Terrasse auf der Parzelle Nr. 838 (Bäckerei Suter). Diese beiden Terrassen haben eine Bestandesgarantie und seien diesbezüglich in der Überbauungsordnung auch entsprechend vermerkt. Die Terrasse vor der Liegenschaft Kreuz sei seinerzeit mit einer definitiven Bewilligung erstellt worden.

Den Gestaltungsregeln entsprechend, sei der heutige Charakter der Marktgasse im Grundsatz zu wahren. Die Fahrbahn sei - wie in der unteren Marktgasse - in Bogenpflasterung zu halten. Auch die an die Fahrbahn angrenzenden Teile seien in Bogenpflasterung oder über Kleinpflaster aus verschiedenen Materialien zu halten. Die Gestaltung der erhöhten Trottoirs habe sich nach den heutigen, bereits vorhandenen Materialien zu richten. Die Anlagen und Einrichtungen (Beispiele: mobile Geschäftsauslagen, Strassencafés) dürfen das Stadtbild nicht stören, was der Beurteilung des Gemeinderates obliege.

Erstaunlicherweise sei im Jahr 2006 die Pollerbeleuchtung offensichtlich als gut befunden worden, bis sich herausgestellt habe, wie sie wirke, worauf uni sono festgestellt worden sei, dass sie nicht ganz den Erwartungen entspreche. Bei der Suche nach einer neuen Beleuchtungsform sei man auf die Faro-Leuchten der Firma Hess, Deutschland, gestossen. Die in der untereren Marktgasse installierten Leuchten seien bis dato und ohne negative oder nachteilige Rückmeldungen in Betrieb. Diese Leuchten werden auch in der Neukonzeption der Jurastrasse installiert. Die Beleuchtung würde nach dem vorliegenden Gestaltungskonzept mit dem Kandelaber-Typ Faro auch in der oberen Marktgasse umgesetzt.

Bei der Vorlage gehe es, wie bereits erwähnt, auch um die markante Verbreiterung der Bereiche vor den Geschäften und darum, die Niveauunterschiede aufzufangen. Weil der Seitenbereich in der heutigen Ausgestaltung dadurch viel steiler würde, seien Stufen vorgesehen, um die Differenz zwischen der Höhe der Vortrottoirs der Liegenschaften und der Höhe der bestehenden Fahrbahn zu überwinden.

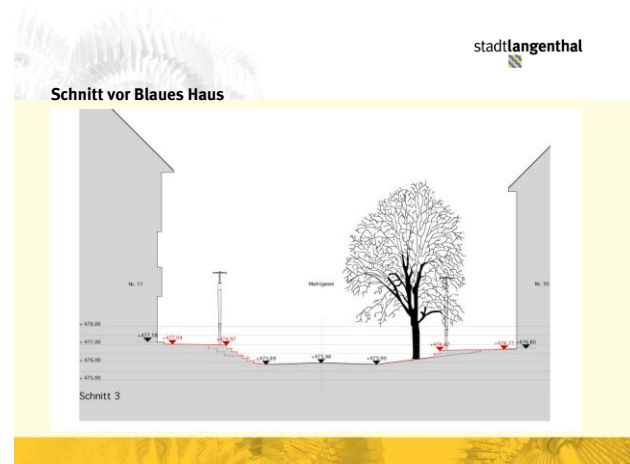
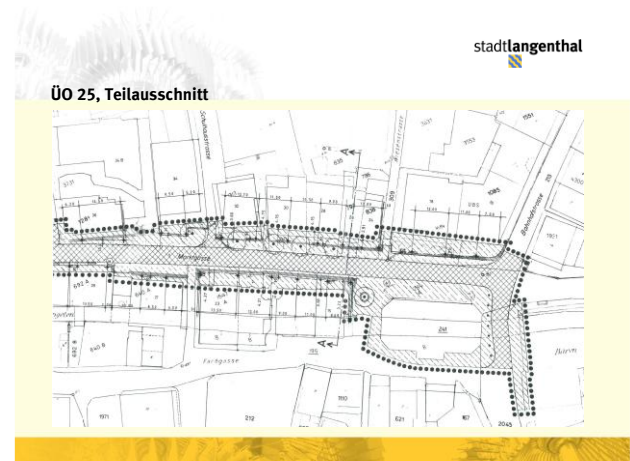
Die Beleuchtungskörper-Standorte seien ein Punkt, der letztendlich eine Überarbeitung der Überbauungsordnung nötig gemacht habe, die dem Stadtrat heute explizit zur Bewilligung vorliege. Die Standorte seien angrenzend auf beiden Seiten der Gasse aber zusätzlich auch beim Löwenplatz und beim Parkplatz. Entlang der Gasse sei der selbe Beleuchtungstyp vorgesehen, wie er in der unteren Marktgasse installiert sei. Dieser Typ weise unterschiedliche Höhen auf. Beim Parkplatz im oberen Teil der Marktgasse seien 5 Meter hohe Leuchten vorgesehen, auf der gegenüberliegenden Seite sogar 8 Meter hohe.



Detailansicht des Teils, der vor Allem von Umbauten betroffen sei.

Beim Choufhüsi sei ein grösserer Teil übrigens bereits vollzogen (Vorgelände UBS und Papeterie Bader). Ab da, auf der rechten Seite bis zur Liegenschaft Kreuz und auf der linken Seite ab der Metzgerei Stettler bis zum Detailgeschäft Düby, stehen die wesentlichen Anpassungen noch bevor.

Die Bäume stellen ein Pièce de résistance der Vorlage dar.



Vom Hotel Bären ausgehend betrachtet, werden die Bäume auf der rechten Seite belassen, wogegen die Bäume auf der linken Seite gemäss Überbauungsordnung zu entfernen seien. Die Bäume auf der rechten Seite wachsen im Erdreich unterhalb der Stufen und seien in Bezug auf die Höhe absolut adaptierbar. Auf der linken Seite (vor dem Stettler Haus) bestünde beim Verbreitern des Vorbereichs die Problematik, dass die Kante vor dem blauen Haus direkt in den Baum hineinführen würde, womit der Baum nota bene etwa einen Meter tiefer stehen würde. Allein aus konstruktiven Gründen mache es daher keinen Sinn, diese Bäume zu erhalten. Aber auch aus Empfehlungen der Denkmalpflege gehe klar heraus, dass auf die Bäume der linken Gassenseite zu verzichten sei. Ein weiterer Grund zu verzichten sei der, dass die Bäume auf der linken Seite - mit Ausnahme des Baumes vor dem Stettlergebäude - in künstlichen Gefässen eingepflanzt seien. Das heisse, dass die Bäume eigentlich auf unterirdisch genutzten Räumlichkeiten der Liegenschaften stehen, die bis an den Rand der Fahrbahn reichen (Beispiel: Franz Bucher).

Projekt: Die Analyse der Vorlage zeige, dass verschiedene Massnahmen vorgesehen seien. Die primäre und eine der ursprünglichsten Massnahmen bestehe darin, die Kanalisation zu erneuern. Dieses Stück der Kanalisation sei wahrscheinlich eines der ältesten, wenn nicht sogar das älteste der Stadt Langenthal und sei seit langem sanierungsbedürftig. Es handle sich dabei um kein einfaches Projekt, weil die Kanalisation relativ tief unten liege. Gleichzeitig mit der Erneuerung der Kanalisation seien natürlich auch sämtliche Werkleitungen der Industriellen Betriebe zu erneuern (Wasser, Elektrizität, Breitbandkommunikation etc.).



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Dass die Vorlage keine Vorgaben zur Erneuerung des Fahrbahnbereichs enthalte, werde vielleicht etwas vermisst. Der Grund sei jedoch der, dass für die Erneuerung der Werkleitungen die Fahrbahn in diesem Perimeter total umgegraben werden müsse. Im Anschluss daran finde - wie dies immer der Fall sei - eine Wiederherstellung des Fahrbahnbereichs statt. Da die Wiederherstellungskosten in den Krediten für die Kanalisation einerseits und in den Krediten der IBL (der Verwaltungsrat der IBL habe diese bereits im Jahr 2007 beschlossen) andererseits enthalten seien, werde dafür kein spezieller Kredit beantragt.

Weiter gehe es um die Verbreiterung der Vorbereiche der Liegenschaften links und rechts der Gasse und damit darum, die Gängigkeit der Bereiche so zu gestalten, dass sie durchgehend bege- und mit Kinderwagen, Rollstühlen etc. befahrbar seien. Bei dieser Gelegenheit werde auch alles unternommen, um die heute bestehenden Niveauunterschiede so zu eliminieren, dass eine behindertenfreundliche Benutzung möglich werde. Mit Abstufungen seien die Übergänge der Vorbereiche zur Fahrbahn geplant. An der oberen Kante der Abstufungen seien die Beleuchtungsstandorte vorgesehen, was Sinne mache, weil damit die beste Ausleuchtung der Stufen bis zur Mitte der Fahrbahn erreicht werde. Die Faro-Beleuchtung werde die heute bestehende und veraltete Hängebeleuchtung ersetzen.

Allgemein bekannt sei, dass sich die Seitenbereiche nicht im Eigentum der Stadt, sondern im Privateigentum befinden. Darum seien - wie bei der vorgängigen, früheren Lösung auch schon - alle Grundeigentümer mit der Bitte angeschrieben worden, dem Projekt zuzustimmen, obschon nicht das ganze Projekt, sondern nur der Teil der Beleuchtung geändert worden sei. Die neuen Beleuchtungspunkte, die Bestandteil der Überbauungsordnung bilden, haben jedoch eine neue rechtliche Ausgangslage geschaffen. Erfreulicherweise liegen heute sämtliche Unterschriften der Grundeigentümer (Anstösser) vor.

Kredit: Die zu bewilligende Kreditsumme umfasse den stolzen Betrag von Fr. 3,23 Mio., der sich in knapp Fr. 2 Mio. zur Umgestaltung der Seitenbereiche und in rund Fr. 680'000.00 zur Umsetzung des Beleuchtungskonzepts aufteile, was Fr. 2,68 Mio. ergebe und steuerfinanziert sei. Ein entsprechender Finanzierungsnachweis liege vor. Die verbleibenden Fr. 570'000.00 seien zur Erneuerung der Kanalisation, die hingegen gebührenfinanziert sei.

Wenn dem Geschäft heute zugestimmt werde, sehe die weitere Terminplanung vor, zügig mit dem Baubewilligungsverfahren weiterzufahren. Im Jahr 2012 würde die ganze Detailprojektierung an die Hand genommen um das Ziel zu erreichen, im Jahr 2013 bauen zu können.

Der Gemeinderat habe sich in der Vorbereitung des Geschäfts entschieden, dem Stadtrat den Kredit als Rahmenkredit zur Bewilligung zu beantragen, weil zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher gewesen sei, ob alles oder aufgrund der damals vorhandenen Zustimmungen der Grundeigentümer nur Teile (die rechte Gassenseite) umgesetzt werden könne. Obschon die Zustimmungen nun auch für die linke Gassenseite vorliegen, womit am Prozess festgehalten werden könne, empfehle der Gemeinderat dem Stadtrat, beim Rahmenkredit zu bleiben, weil doch noch gewisse Schritte anstehen, die noch erreicht werden müssen.

Beschlussfassung:

- Einerseits gehe es darum, die rechtliche Grundordnung in Form der Überbauungsordnung (Überbauungsordnung Nr. 25 mit dem Überbauungsplan und den Vorschriften) zu definieren. Darin seien drei Änderungspunkte explizit erwähnt:
 - Die so genannte Anbaupflicht, womit in den oberen Vorbereichen eine Zick-Zack-Linie durchgesetzt werden soll.
 - Die Parkplatzsituation im oberen Teil in Richtung Löwen (7 Parkplätze)
 - Das Beleuchtungskonzept, welches aus der Eliminierung des bisherigen Streifens für die Pollerbeleuchtung aus der Überbauungsordnung und an Stelle dieser Beleuchtung, aus der Festlegung einzelner Punkte zur Installation der neuen Faro-Leuchtmasten, bestehe.
- Andererseits gehe es um den Beschluss des Projektes und des entsprechenden Kredites.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Heute bestehe die Chance in der oberen Marktgasse einen Schritt vorwärts zu kommen. So dass die heute bereits zu Beginn seiner Stellungnahme geschilderte Wanderung (von der Alten Mühle bis zum Bären) ab dem Jahr 2013/2014 in die obere Marktgasse bis zum Löwen weitergeführt werden könne, ohne ab dem Bären eine andere Situation vorzufinden. Der Entscheid des Stadtrates unterliege dem fakultativen Referendum.

Pierre Masson, GPK-Vizepräsident: Der Stadtpräsident habe es gesagt und den Unterlagen könne entnommen werden, dass das Geschäft zwei Teile umfasse. Zum Einen soll heute die Planungsgrundlage durch den Stadtrat verbindlich verabschiedet werden, und zum Anderen habe der Stadtrat über das dazugehörige Ausführungsprojekt zu befinden. Gemäss ihrem Auftrag habe die Geschäftsprüfungskommission beide Teile auf ihre rechtlich-formelle Richtigkeit hin überprüft und befinde die Vorlage als korrekt und sauber.

Um das vorliegende Geschäft zu verstehen, sei es wichtig zu wissen, worum es sich bei einer Überbauungsordnung eigentlich handle, ansonsten weder eine formelle noch inhaltliche Beurteilung der Aspekte möglich sei. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung definiere die Überbauungsordnung kurz und prägnant mit: *"Gute Siedlungsqualität bei flexiblen Vorschriften"*, was zutreffe, da eine Gemeinde mit diesem Instrument gezielt Einfluss auf die Gestaltung und die Ortsentwicklung besonders wichtiger Gebiete nehmen könne. Im Vergleich mit einem Baureglement lassen sich mit einer Überbauungsordnung wichtige Ziele einer baulichen Entwicklung stärker und bewusster steuern. Für die Gemeinde lohne es sich, ein solches Verfahren durchzuführen, weil damit aktiv in eine Richtung gezielt und diese auch gegangen werden könne. Ebenfalls ein Vorteil sei, dass aus Betroffenen mit Mitwirkungsprozederen und öffentlichen Orientierungen Beteiligte gemacht werden können, die so alle ins Boot geholt werden können, womit auch die Effizienz und Wirksamkeit dieses Planungsinstruments gesteigert werden könne.

Die Geschäftsprüfungskommission habe unter Anderem folgende zwei Punkte diskutiert:

- Auch wenn die Marktgasse im Jahr 2013 wegen Bauarbeiten gesperrt sei, könne die Fasnacht durchgeführt werden.
- Wenn der Stadtrat die Überbauungsordnung mit veränderten Baumstandorten möchte, würde dies ein neues Mitwirkungsverfahren - mit Allem was dazugehöre - erfordern, so dass am heutigen Abend keine abschliessende Beratung möglich wäre.

Pascal Dietrich, FDP/jll-Fraktion: Dass alle Zustimmungen der Grundeigentümer nun vorliegen, sei sehr erfreulich und könne am heutigen Abend sicher als Erfolg verbucht werden. Das Thema Märitgasse stelle eine unendliche Geschichte dar, die nicht von Michael Ende, sondern vom Stadtrat Langenthal geschrieben werde und die sich mitten im Dorf-Zentrum abspiele. Die neue Gestaltung sei sehr erwünscht, so dass die FDP/jll-Fraktion die Vorlage fast geschlossen unterstützen werde. Aufgrund der positiven Nachricht sei es sogar möglich, dass die FDP/jll ganz geschlossen hinter der Vorlage stehen werde. Die FDP/jll-Fraktion zähle nun auf eine rasche Umsetzung entsprechend dem geschilderten Terminprogramm und hoffe, dass es keine weiteren Verzögerungen mehr geben werde.

Die FDP/jll-Fraktion habe sich beispielsweise mit den umstrittenen Baumstandorten befasst, wozu am heutigen Abend bereits eine Lösung präsentiert worden sei. Weiter habe eine detaillierte Betrachtung der nicht unumstrittenen Löwenparkplätze stattgefunden. Obwohl mit Fug und Recht die Frage gestellt werden könne, wozu diese nötig seien, zumal es nebenan eine Parkierungsanlage gebe, werden diese jedoch in Kauf genommen. Die FDP/jll-Fraktion empfinde den beantragten Rahmenkredit als kleinen Schönheitsfehler, der grundsätzlich nicht sehr gerne gesehen werde. Aufgrund der heute dazu gelieferten Begründung und Erklärung, verzichte die FDP/jll-Fraktion aber weiter darauf einzugehen.

Nebst den vielen positiven Punkten und der Tatsache, dass nun endlich vorwärts gemacht werden soll, erachte die FDP/jll-Fraktion es als eine klagenswert verpasste Chance, dass Wasser als gestaltendes Element, nicht in der Vorlage enthalten sei. Obwohl diese Chance leider einmal mehr verpasst werde, stimme die FDP/jll-Fraktion der Vorlage zu.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Wenn das Sprichwort: *"Gut Ding will Weile haben!"* stimme, dann werde die obere Märitgasse wohl zu einem öffentlichen Raum von mindestens nationaler Bedeutung...

Die EVP/glp-Fraktion stimme der Änderung der Überbauungsordnung zu und unterstütze ebenfalls das Ausführungsprojekt und den Investitionskredit. Auch die EVP/glp-Fraktion freue sich, dass es mit der Gestaltung nun zügig vorangehe und habe natürlich ebenfalls erfreut zur Kenntnis genommen, dass jetzt mit allen Liegenschaftseigentümern eine gütliche Einigung in Bezug auf die Märitgasse habe getroffen werden können.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke er dem Gemeinderat und den zuständigen Behörden für die Vorarbeiten und die Erarbeitung der Vorlage und hoffe auf eine rasche Umsetzung des Projektes.

Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion: Auch die SP/GL-Fraktion unterstütze das Geschäft. Vorab danke sie dem Stadtpräsidenten Thomas Rufener persönlich für die virtuelle Stadtführung, da auch sie ihr Referat eigentlich so habe beginnen wollen. Sie sei am Wochenende vom Wuhrplatz durch die untere Märitgasse gegangen und habe sich gedacht, dass es bis dahin wirklich gut aussehe. Wie der Stadtpräsident erwähnt habe, ändere sich die Situation aber ein Stück weit nach dem Bären, womit feststehe, dass entsprechender Handlungsbedarf gegeben sei. Sie denke, dass mit der heute vorliegenden Vorlage etwas Gutes entstehen werde. Allerdings lasse sich ihrer Meinung darüber streiten, ob es dazu wirklich Pflastersteine brauche, die nun aber halt zum Gestaltungskonzept gehören.

Die SP/GL-Fraktion habe weder zur Umgestaltung der Seitenbereiche noch zum Licht etwas zu ergänzen. Für die Standortwahl der Bäume habe die SP/GL-Fraktion Verständnis. In diesem Sinne bitte Sie im Namen der SP/GL-Fraktion der Vorlage zuzustimmen.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion sei grossmehrheitlich für die Abänderung der vorliegenden Überbauungsordnung und auch für die Rahmenkreditbewilligung.

Für einen Langenthaler sei es einfach zu sagen, dass die Situation, wie sie sich heute darstelle, genüge, womit die obere Marktgasse eigentlich so bleiben soll, wie sie sei. Aber bei Betrachtung anderer Innenstädte wie Solothurn, Zofingen oder Sursee - die von Langenthalern als schön und gut befunden werden und worin sie gerne shoppen gehen - müsse doch festgestellt werden, dass die obere Marktgasse eine Auffrischung nötig habe. Das Perlexe an der ganzen Situation sei, dass der Langenthaler Stadtrat die Sachlage eigentlich aus Sicht eines Auswärtigen beurteilen müsse. Er persönlich sei davon überzeugt, dass wieder mehr Langenthaler in der Stadt anzutreffen wären, wenn sich viele Auswärtige in der Stadt aufhalten würden, weil dies einfach interessanter sei. Ehrlicherweise müsse auch gesagt werden, dass die Läden in der Stadt nicht nur von den Langenthalern existieren können, sondern, dass diese auf auswärtige Kundschaft angewiesen seien.

Beat Sterchi: Die beschönigenden Worte der Fraktionssprechenden könne er nicht unterstützen. Ihm sei klar, dass die Fussgängerzone heute akzeptiert werde, dass damit gelebt werden könne und, dass sie funktioniere. Aber trotzdem müsse klar gesehen werden, dass das vorliegende Geschäft das Resultat einer teuren, 12-jährigen Fehlplanung sei. 12 Jahre seien seit der Abstimmung über die Initiative vergangen. Wenn er die unrealistischen Vorschläge bedenke, die schon eingebracht worden seien, wie beispielsweise:

- die Überdachung, die so schlecht gewesen sei und den Charme einer Leichenhalle gehabt habe, dass der Kanton sie sogar noch habe prämiieren wollen

oder

- das Abenteuer mit der Einstellhalle Sagibach. Ein Projekt, das dem Stadtrat damals habe aufgeschwatzt werden wollen, aber jeder gemerkt habe, dass die Umsetzung auf ein grosses Defizit hinauslaufe, wozu das Stimmvolk dann glücklicherweise Nein gesagt habe.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Diese Beispiele wie auch die heutige vorliegende Lösung - die von den Grundeigentümern offensichtlich wohl oder übel akzeptiert werde - stelle den Planungsbehörden ein ganz schlechtes Zeugnis für dieses Geschäft aus, was in der Langenthaler Planung so nicht sein dürfe. Genau das, was Stadtrat Pierre Masson bezüglich der Mitwirkung gesagt habe, sei gar nicht erfolgt. Auch die heutige Variante sei ein "faute de mieux", könne nicht begeistern und stelle lediglich eine teure Kosmetik dar, die weder den Anwohnern noch den Passanten einen konkreten Nutzen bringe.

Geradezu grotesk seien die jahrlangen Auseinandersetzungen mit den Eigentümern des blauen Hauses, welche mit Auflagen und Umgestaltungsmassnahmen drangsaliert worden seien, die eigentlich absolut unnötig gewesen seien. Vor 25 Jahren haben diese Eigentümer mit dem Bau des blauen Hauses den bisher einzigen Akzent in der Märitgasse gesetzt. Das blaue Haus sei in der ganzen Schweiz erwähnt worden, wodurch Langenthal bekannt gemacht worden sei. Was dann weiter passiert sei, sei vor Allem in der Fasnachtsgesellschaft gut angekommen und in den Aussengemeinden habe dies zu entsprechend hämischen Reaktionen geführt.

Der Seitenbereich des blauen Hauses sei seiner Meinung nach nicht publikumsfreundlich geplant, weshalb er das Geschäft ablehne. Die vorgesehene Lösung bringe ganz klar eine Verschlechterung für das Publikum. Wer an einem Tag wie heute bei 35° C bei Fielmann ins Schaufenster blicke, müsse nun feststellen, dass auch noch die Bäume, als einzige Schattenspender, gefällt werden sollen. Er persönlich gehe doch nicht in eine Stadt, in der er es bei einer Bruthitze wie heute nirgendwo Schatten gebe. Das vorliegende Konzept überzeuge auch historisch nicht. Im Langenthal-Buch stehe, dass die Märitgasse immer zwei Baumreihen aufgewiesen habe. Damit habe die Märitgasse zum Ausdruck gebracht, neben dem Markt und neben den Geschäften auch Bäume zu haben, die nun abgeholzt werden sollen.

Nebst den gestalterischen Schwachstellen, würden ihn vor Allem die hohen Kosten stören. Heute sei bereits erwähnt worden, auf einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern achten zu müssen. Auch wenn das, was als Planung schon einmal abgeschrieben worden sei, weggelassen werde, dann müsse er sagen, dass allein für die relativ "schitterere" Beleuchtung und die doch mässige Strassenumgestaltung doch Fr. 2,7 Mio. ausgegeben werden sollen, was seiner Meinung nach nicht verantwortet werden könne.

Er lehne das vorgelegte Projekt ab und fordere den Gemeinderat auf, eine vernünftige Alternative auszuarbeiten, mit welcher die Umgestaltung auf das absolut und wirtschaftlich Notwendige beschränkt werde und die vor Allem auch den Besuchern einen Nutzen bringe. Die heute vorliegende Vorlage bringe dies leider nicht.

Pascal Dietrich: Herr Stadtratskollege Beat Sterchi habe nicht nur ein Haar in der Suppe gefunden, sondern diese gleich ausgeschüttet und damit kein gutes Haar an der ganzen Sache gelassen.

Als Sprecher der FDP/jll habe er seine Unterstützung zur Vorlage bereits signalisiert, was natürlich auch für ihn persönlich gelte. Trotzdem bringe er die Sicht der Jungliberalen Langenthal, die schliesslich die Initianten für die Fussgängerzone gewesen seien, an dieser Stelle zur Vorlage ein:

Herr Stadtrat Beat Sterchi liege mit seiner Äusserung falsch, dass die Abstimmung 12 Jahre her sei, da sie sogar 17 Jahre zurückliege. Selbstverständlich erachten auch die Jungliberalen diese Zeit als sehr lang, seien sich allerdings bewusst, wie gross die Schwierigkeiten gewesen seien - auch für die Behörden der Stadt - etwas Gescheites umsetzen zu können. Die Schwierigkeiten seien jedoch nicht auf die Initiative, sondern auf den Widerstand - der trotz mittlerweile drei gleichlautenden Volksentscheiden immer wieder gemacht worden sei - zurückzuführen. Auch das vorangegangene Votum interpretiere er persönlich als eine Nachwehe der unterlegenen Abstimmungsgegner.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Die Initiative der Jungliberalen aus dem Jahre 1994 habe drei Elemente enthalten:

- Die Einführung einer Fussgängerzone
- Den Ersatz der Parkplätze, als ein zentrales Element, weil die Parkplätze wichtig für das Gewerbe seien und nie bestritten worden seien.
- Die Attraktivierung der Gasse, wenn sie dann eine Fussgängerzone sei, baulich mit Wasser, Licht und Pflanzen zu gestalten, damit sie zum Flanieren einlade.

Bereits die Umsetzung der ersten zwei Punkte sei problematisch gewesen und habe viel Zeit in Anspruch genommen. Im Jahre 1999 habe dann über die Überbauungsordnung abgestimmt werden können, die im Jahr 2001 in Kraft getreten sei, womit die Fussgängerzone entstanden und die Parkierungsanlage Sagibach eröffnet worden sei. Bis anhin seien nun weitere 10 Jahre vergangen, um den dritten Punkt (Gestaltung) in Angriff nehmen zu können. Obwohl eine sehr lange Zeit vergangen sei, werde nun immerhin ein erster Schritt dieses dritten Punktes umgesetzt.

Trotz Allem gebe es zwei Sachen zu bemerken:

- Einerseits die Parkplätze vor dem Löwen. Es sei seiner Ansicht nach ein Unding, neben der bestehenden Parkierungsanlage Sagibach - die mit dem Hintergedanken erstellt worden sei, die Parkplätze in der Gasse zu ersetzen - nun trotzdem in der Gasse selber wieder Parkplätze zu bauen, zumal es sich nur um vier Parkplätze handle, die im Übrigen ohnehin dauernd besetzt sein werden und nur Hin- und Herverkehr verursachen werden.
- Andererseits das Gestaltungselement Wasser. Allen sei bekannt, dass Wasser in Langenthals Geschichte ein zentrales Element darstelle. Wasser hätte seiner Meinung nach aus städtebaulichen Überlegungen in die Vorlage integriert werden müssen.

Die letzten Tage habe er in Bern auf dem Bundesplatz beobachten können, dass der Platz voller Leute (Familien mit kleinen Kindern) gewesen sei, die ihr Gaudi an den Wasserfontänen des Wasserspieles gehabt haben. Genau so etwas müsste seiner Meinung auch in Langenthal vor dem Chouhüsi gemacht werden, weil damit Leute, Familien angelockt würden. Die Jungliberalen haben dies schon mehrfach angeregt, aber leider habe bis jetzt der politische Willen offensichtlich einfach gefehlt, um so etwas realisieren zu können. Er hoffe, dass dies in Langenthal noch vor seiner Pensionierung umgesetzt werden könne.

Trotz des fehlenden Wassers, empfehle er die Vorlage zur Annahme, damit endlich "Etwas gehe". Obwohl es sich dabei nicht um das Ei des Columbus handle, sei es seiner Meinung nach auf alle Fälle eine Verbesserung zum Status Quo, womit er Stadtrat Beat Sterchi energisch widerspreche.

Gemeinderat Thomas Rufener: Im Namen des Gemeinderates danke er für die wohlwollenden Worte. Heute bestehe die Chance, etwas lostreten zu können, das lange an Ort und Stelle gestanden habe. Er habe auch zur Kenntnis genommen, dass sich die meisten Votanten vor Allem auf die Historie bezogen haben, was nachvollziehbar sei. Es gelte nun nach vorne zu blicken, der Vorlage zuzustimmen damit mit der Umsetzung begonnen werden könne.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 6. Juli 2011 - unter Vorbehalt des fakultativen Referendums - beschliesst:
 1. Der 2. Änderung der Überbauungsordnung Nr. 25 "Fussgängerzone Marktgasse/Parkierung Sagi-bach" betreffend
 - Baulinie mit Anbaupflicht für oberste Ebene Vorbereiche
 - Oberirdische, öffentliche Parkplätze in der Fussgängerzone
 - Bereich für Beleuchtungspoller / Standorte Kandelaber wird zugestimmt.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Ziff. 3 sowie Art. 6 Abs. 5 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 6. Juli 2011 - unter Vorbehalt des fakultativen Referendums sowie unter Vorbehalt, dass die unter Ziffer I. genehmigte 2. Änderung in Rechtskraft erwächst - beschliesst
 1. Den Ausführungsprojekten für die Umgestaltung der Seitenbereiche, für die Umsetzung des Beleuchtungskonzepts sowie für die Erneuerung der Kanalisation wird zugestimmt.
 2. Zur Finanzierung der Ausführungsprojekte wird ein Rahmenkredit von insgesamt Fr. 3'230'000.00 (umfassend Fr. 1'980'000.00 für die Umgestaltung der Seitenbereiche zu Lasten Konto Nr. 320.501.31, Fr. 680'000.00 für die Umsetzung des Beleuchtungskonzepts zu Lasten Konto Nr. 325.501.31 sowie Fr. 570'000.00 für die Erneuerung der Kanalisation zu Lasten Konto Nr. 340.501.31) bewilligt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung der Projekte notwendigen Objektkredite zu genehmigen.
 3. Auf die Erhebung von Grundeigentümerbeiträgen wird verzichtet.
 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

6. **Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend "Wochenend- und Nachtzulage für das Reinigungspersonal der Turnhallen"** (erheblich erklärt am 23. März 2009); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit dem überwiesenen Postulat werde der Gemeinderat zur Erstellung eines entsprechenden Prüfberichts aufgefordert. Der Prüfbericht liege vor und beantworte die im Postulat gestellten Fragen. Aufgrund dieser Sachlage beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat aus der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Für die Prüfung des Postulates danke er dem Gemeinderat herzlich. Den Unterlagen könne entnommen werden, dass der Prüfungsauftrag erfüllt worden sei, womit eigentlich nichts gegen die Abschreibung des Postulates spreche. Trotzdem gehe er auf ein paar Punkte ein:

- Aus den Unterlagen gehe heraus, dass das Postulat sehr allgemein gehalten sei, was auch richtig so sei, da damit einzig die Verbesserung der Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im erwähnten Bereich bezweckt werde. Welches Recht zur Anwendung komme und wie die Umsetzung erfolge, spiele für ihn eine sekundäre Rolle.
- Was die Einsatzzeiten betreffe, finde er die Antwort etwas komisch, wonach seine Äusserung im Postulat eine Vermutung sein soll, die nicht zutreffend sei. Er habe sich nicht auf Vermutungen, sondern auf Informationen und Hinweise eines Betroffenen gestützt.
- Gestaunt habe er anfänglich auch darüber, dass die Stadt mündliche Verträge mit dem Personal haben könne. Diesbezüglich habe er sich aufklären lassen, dass dies den normalen und heutigen Erfordernissen entspreche.
- Als wirklich störend erachte er die ungerechte Behandlung der privat-rechtlich Angestellten gegenüber den öffentlich-rechtlich Angestellten. Letztere geniessen eine Zusatzregelung betreffend Überstunden, Nacht- und Sonntagszuschlägen, was den privat-rechtlich Angestellten nicht möglich sei.

Die Prüfung des Postulates sei erfolgt und könne problemlos abgeschrieben werden. Nun hoffe er, dass die aufgezeigten Missstände sobald als möglich behoben werden und, dass die Revision des Personalreglementes möglichst rasch umgesetzt werde.

Die SP/GL-Fraktion werde der Empfehlung des Gemeinderates folgen und das Postulat einstimmig zur Abschreibung freigeben.

III **Abstimmung:**

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend "Wochenend- und Nachtzulage für das Reinigungspersonal der Turnhallen"** (erheblich erklärt am 23. März 2009) **wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

7. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl für den per 20. Juli 2011 zurückgetretenen Rudolf Lanz [FDP])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Pierre Masson, SP/GL Fraktion: Die SP/GL-Fraktion schlägt Herrn Renato Baumgartner, Gymnasiallehrer, Dr. phil. nat. (SP) als Ersatzmitglied zur Wahl in die Finanzkommission vor.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Renato Baumgartner, Gymnasiallehrer, Dr. phil. nat. (SP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Finanzkommission gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 5. September 2011.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 28. Februar 2011 (Traktandum Nr. 4: Liegenschaft Alte Mühle; Finanzierung von Brandschutzmassnahmen; Gewährung einer Schenkung), Beschlusspunkt 2: Verbuchung des erforderlichen Investitionskredites; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Jürg Häusler: Über die Angelegenheit der notwendigen Brandschutzmassnahmen sei der Stadtrat am 28. Februar 2011 orientiert worden, welcher einer Schenkung in der Höhe von Fr. 450'000.00 zulasten der Investitionsrechnung zugestimmt habe.

Mit der Einreichung der vorliegenden Motion soll der Beschluss in Wiedererwägung gezogen, weil der Betrag nicht über die Investitionsrechnung gebucht, sondern direkt der Laufende Rechnung (2011) belastet werden soll. Da eine Schenkung eben eine Schenkung sei, töne es tatsächlich etwas unlogisch, einen solchen Betrag über die Investitionsrechnung - und somit mit jährlichen Abschreibungstranchen an Stelle einer direkten Abschreibung - laufen zu lassen.

Die direkte Abschreibung wäre eigentlich schon mit Beschluss vom 28. Februar 2011 möglich gewesen. Der Gemeinderat habe sich aufgrund der Motion noch einmal über das Geschäft und insbesondere über die Abschreibung unterhalten. Wie in der Präsentation zu den Traktanden Nrn. 2 und 3 des heutigen Abends bereits aufgezeigt worden, "liege" in den voraussichtlichen Investitionen per Ende 2011 noch etwas "drin". Der Gemeinderat empfehle dem Stadtrat deshalb, den vorliegenden Vorstoss als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren, diese erheblich zu erklären, womit die Verbuchung des Kredites der laufenden Rechnung direkt belastet werden könnte. Auch die Finanzkommission habe sich dem Anliegen nochmals angenommen und dem vorgeschlagenen Vorgehen vorbehaltlos zugestimmt.

Stefan Ryser: Eigentlich habe er schon am 28. Februar 2011 beim Einen oder Anderen ein Nicken gesehen, als er die Thematik angesprochen habe. Er habe es aber versäumt, einen entsprechenden Antrag zu stellen, weshalb die Verbuchung des Kredites heute zur Diskussion stehe.

Wie Gemeinderat Jürg Häusler gesagt habe, sei vorgesehen gewesen, den Betrag über die Investitionsrechnung mit harmonisierter Abschreibung laufen zu lassen. Er sei dem Gemeinderat für die Neubeurteilung dankbar und bitte dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und damit die Motion als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren und so der direkten Abschreibung zuzustimmen.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Die Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 28. Februar 2011 (Traktandum Nr. 4: Liegenschaft Alte Mühle; Finanzierung von Brandschutzmassnahmen; Gewährung einer Schenkung), Beschlusspunkt 2: Verbuchung des erforderlichen Investitionskredites **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

1. Die Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Wiedererwägung des Stadtratsbeschlusses vom 28. Februar 2011 (Traktandum Nr. 4: Liegenschaft Alte Mühle; Finanzierung von Brandschutzmassnahmen; Gewährung einer Schenkung), Beschlusspunkt 2: Verbuchung des erforderlichen Investitionskredites **wird erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Motion Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Finanzierung der Ortsparteien; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Motion verlange vom Gemeinderat rasch möglichst einen Vorschlag zur Erhöhung der finanziellen Unterstützung der örtlichen Parteien vorzulegen. Der Gemeinderat habe sich zuerst mit der Frage auseinandergesetzt, ob es sich um eine Motion mit Weisungs- oder Richtliniencharakter handle. Schlussendlich sei der Gemeinderat davon ausgegangen, dass es sich um eine Motion mit Richtliniencharakter handle, da das Ansinnen des Motionärs mit einer Weisungscharakter-Motion so zu begreifen wäre, dass innerhalb des Reglementes eine verbindliche Höhe der Beiträge festgeschrieben werden soll. Das heutige Wahl- und Abstimmungsreglement, Artikel 55 Absatz 2, enthalte die Bestimmung: *"Die Höhe der Beiträge setzt der Gemeinderat fest. Sie richten sich nach der Anzahl Sitze, welche die Partei oder Gruppierung im Stadtrat innehat"* womit der Gemeinderat betroffen sei, so dass die Motion Richtliniencharakter habe.

Den Wert der Arbeit der Parteien werde vom Gemeinderat anerkannt und ausdrücklich bestätigt. Insbesondere auch in Kenntnis, dass die Beiträge seinerzeit bei Budgetkürzungen reduziert worden seien, empfehle der Gemeinderat die Motion als Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren und diese erheblich zu erklären. Die Empfehlung zur Erheblicherklärung, gelte auch für den Fall, dass die Motion in ein Postulat gewandelt würde.

Die kürzeste Variante, das Anliegen durchzusetzen, hätte allerdings damit erreicht werden können, während der Budgetberatung (Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung) den Antrag zu stellen, den Betrag von Fr. 8'000.00 im Konto 167.365.09 "Parteienfinanzierung: örtliche Parteien" entsprechend zu erhöhen, womit eine Abstimmung darüber heute möglich gewesen wäre.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen)¹:

Die Motion Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Finanzierung der Ortsparteien wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.

II. Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen)²:

1. **Die Motion Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Finanzierung der Ortsparteien wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zwei Stadratsmitglieder sind während der Abstimmung nicht im Saal anwesend

² Anmerkung der Protokollführung: Ein Stadratsmitglied ist während der Abstimmung nicht im Saal anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Motion Baumgartner Renato (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer elektronischen Aktenauflage für die Räte und Kommissionen; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit der Motion werde der Gemeinderat beauftragt, eine elektronische Aktenauflage für die Räte und Kommissionen der Stadt Langenthal einzurichten, soweit der Datenschutz dies erlaube. In Würdigung des Vorhabens sei der Gemeinderat klar der Auffassung, eine Umsetzung des Anliegens nie in gemeinderätlicher Kompetenz vollbringen zu können. Die Umsetzung liege somit in der Kompetenz des Stadtrates, weshalb die Motion als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren sei.

Der Gemeinderat habe in Anerkennung und Ehrung der heutigen Zeit die Absicht gehabt, mindestens für das Parlament ein Tool anzuschaffen, womit die Traktanden (Unterlagen) - ähnlich wie dies für den Grossen Rat der Fall sei - elektronisch über das Internet zustellbar wären. Die Finanzkommission habe dieses Tool leider aus der Budgetliste gestrichen, womit das Thema vorderhand vom Tisch sei.

Weil der Status von Akten, die vom Stadtrat behandelt werden, öffentlich sei, bestehe keine Vertraulichkeit, womit die Einführung eines solchen Tools für den Stadtrat relativ einfach wäre. Die Akten des Gemeinderates und der Kommissionen dagegen, seien vertraulich, womit ein komplizierteres System eingeführt werden müsste. Selbstverständlich gebe es bereits heute solche Systeme, mit denen die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden können.

Es gehe aber auch um die Beurteilung des Aktenumfangs, der zur Verfügung gestellt werden soll. Je nach Geschäft seien die Akten mehr oder weniger umfangreich (beispielsweise der Inhalt mehrerer Ordner). Obwohl die Dokumente im weitesten Sinne bereits elektronisch vorhanden wären, seien sie nicht schön geordnet und bereits aufbereitet vorliegend, so dass sie nicht einfach in das System "abgefüllt" werden können. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass die notwendige Aufbereitung mit einer entsprechenden Erweiterung der Personalressourcen verbunden wäre, weil dieser Service auf der heutigen personellen Ebene nicht geboten werden könnte.

Als Grossrat habe er Zugriff auf die Site des Grossen Rates. Obwohl damit wirklich alle Aktenstücke aus dem Internet im PDF-Format abrufbar seien, erfolge deren Zustellung immer auch noch in schriftlicher Papierform (kiloweise), weil die meisten Grossrats-Mitglieder sowie die Mitglieder der Kommissionen Wert darauf legen, die Akten auch in schriftlicher Form zu erhalten. Damit werde deutlich, dass der Versand nicht nur elektronisch, sondern auch in Papierform erfolgen müsste.

In Würdigung all der damit verbundenen Umstände und auch in Würdigung der Tatsache, dass solche Kommunikationssysteme künftig unumgänglich sein werden, sei der Gemeinderat (in der heutigen Zeit) klar zur Auffassung gekommen, die Motion - insbesondere in Anbetracht des damit verbundenen Aufwandes - abzulehnen. Der Gemeinderat bevorzuge eher eine andere Lösung, als ein Datensystem einzuführen, mit dem die Wahrscheinlichkeit sehr hoch sei, dass jeder Adressat mit seinem Tintenstrahldrucker die Dokumente auch noch einmal ausdrücke.

Falls der Vorstoss in ein Postulat gewandelt würde, fände ein entsprechender Prüfungsauftrag beim Gemeinderat Unterstützung.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Renato Baumgartner: In seiner Motion gehe es darum, die Akten bei Bedarf irgendwo lesen zu können und nicht darum, wie es heute der Fall sei, dazu in das Verwaltungszentrum gehen zu müssen. Ob die Situation - die Akten im Untergeschoss des Verwaltungszentrum ansehen zu müssen, zufrieden stellend sei oder nicht, sei eine andere Frage. Ihm gehe es darum, nicht ständig ins Verwaltungszentrum zu müssen, wenn er die Akten nicht in grossen Brocken schlucken, sondern häppchenweise verdauen möchte. Auch bei schönen Wochenenden - wie das vergangene gewesen sei - wäre das Aktenstudium zuhause auf dem Laptop oder iPad möglich. Ausserdem wäre die Suche nach bestimmten Stichworten viel einfacher, so dass minuten- bis stundenlanges Suchen nach Stichworten nicht mehr nötig wäre. Wie Herr Stadtpräsident Thomas Rufener gesagt habe, seien nahe zu alle Dokumente bereits erfasst, so dass es ein Einfaches wäre, diese auch bereit zu stellen.

Er habe in der letzten Woche mit verschiedenen Vertretern der Gemeinde Pfäffikon gesprochen, die ihm gesagt haben, dass sie ein elektronisches Aktenaufagesystem in der Pipeline haben, das im nächsten Jahr eingeführt werde. In der Gemeinde Pfäffikon, die grössenmässig mit Langenthal vergleichbar sei, werde ein solches System somit bereits eingeführt.

Es sei nicht die Meinung ein solches Systems zur Verfügung zu haben, um alle Dokumente zuhause auszudrucken. Sondern, wer dies wolle, soll wie bis anhin die Akten in Papierform im Verwaltungszentrum einsehen können. Allfällige Sicherheitslücken gebe es seiner Meinung nach nicht mehr, als bei Papierakten. Wer Akten in die Öffentlichkeit tragen wolle, könne dies so oder so tun. Und wenn jemand so dumm und vergesslich sei und deshalb das Passwort irgendwo hinschreibe, dann sei es das gleiche, wie wenn dieser den Schlüssel zum Aktenaufageschrank irgendwo liegen lasse.

Die digitale Aktenaufage sei einfach als Ergänzung gedacht. Aus diesem Grund hoffe er auf Unterstützung seines Vorhabens.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion schliesse sich der Argumentation des Gemeinderates an. Einerseits würde die digitale Aktenaufage die Parlamentsarbeit zwar zumindest zum Teil erleichtern, andererseits sei diese aber mit einem relativ grossen finanziellen und personellen Aufwand verbunden. Zudem müssten viele Akten trotzdem und zusätzlich auch in Papierform vorliegen. Bezüglich der Datensicherheit würden auch noch offene Fragen bestehen. In diesem Sinne sehe auch die EVP/glp-Fraktion ein problematisches Kosten-Nutzen-Verhältnis und lehne die Erheblicherklärung der Motion mit Weisungscharakter ab. Der Erheblicherklärung des Vorstosses in Form des Postulats würde dagegen zugestimmt, so dass die noch offenen Fragen bezüglich der Kosten und des Datenschutzes noch geklärt werden könnten.

Armin Flükiger, SVP-Fraktion: Im Namen der SVP-Fraktion könnte er quasi wiederholen, was der Vorredner Stadtrat Christoph Stäger bereits gesagt habe. Aus folgenden Gründen lehne auch die SVP-Fraktion die Motion ab:

Die elektronische Aktenaufage scheine ein Bedürfnis, als auch zukunftsweisend zu sein. Stadtrat Renato Baumgartner habe verschiedene Lösungen präsentiert, die von der SVP-Fraktion durchaus unterstützt werden können. Trotzdem würden bereits vom Vorredner angeführte Punkte auch die SVP-Fraktion dazu bewegen Nein zur Motion zu sagen. Auch der Stadtpräsident habe bereits erwähnt, dass der Aufwand für die Bewirtschaftung sehr hoch wäre und, dass das Tool von der Finanzkommission bereits gestrichen worden sei. Ein weiterer Kostenpunkt sei auch, dass der der Datenschutz ein passendes System benötige. Und ausserdem könne auf die Papierform der Akten nicht verzichtet werden. Die SVP-Fraktion sehe in der elektronischen Aktenaufage auch eine Art der Aufblähung des Systems.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Lukas Felber, FDP/jll-Fraktion: Die Motion werde von der FDP/jll-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt, weil die Meinung vertreten werde, dass die elektronische Auflage ein zeitgemässes System sein könnte. Da noch kein konkreter Vorschlag vorliege, könne noch gar nicht einfach und kategorisch gesagt werden, dass der Aufwand zu gross sei oder, dass dazu zwei, drei oder vier weitere Leute gebraucht werden.

Eine Mehrheit der Fraktion sei auch der Meinung, dass sich damit verwaltungsintern eine Chance ergeben könnte, um im selben Zug die Ablage der Dokumente und Aktenstücke neu zu organisieren. Eine Minderheit der Fraktion argumentiere allerdings gleich, wie die beiden Vorredner.

Der Wandlung der Motion in ein Postulat und somit der Erheblicherklärung des Postulats würde die FDP/jll-Fraktion jedoch einstimmig zustimmen.

Renato Baumgartner: Aufgrund der verschiedenen Voten aber auch, weil grundsätzlich ein Bedürfnis nach einer elektronischen Aktenauflage bestehe, **wandle er die Motion in ein Postulat**, in der Hoffnung, dass die vom Gemeinderat herausgehobenen Punkte (Beispiel: den Mitgliedern des Stadtrates die Akten elektronisch zur Verfügung zu stellen) wenigstens kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) Baumgartner Renato (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011:**
Einrichtung einer elektronischen Aktenauflage für die Räte und Kommissionen **wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Motion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Die Motion fordere den Gemeinderat auf, den Gebäudestandard 2011 von Energiestadt einzuführen.

Um Missverständnisse in Bezug auf die von ihr verwendeten Begriffe auszuräumen, stelle sie Folgendes fest:

- Es gebe den Gebäudestandard 2008 von Energiestadt und EnergieSchweiz.
- Es gebe den [Gebäudestandard 2011](#) von Energiestadt und EnergieSchweiz.
- Es gebe den Gebäudestandard Langenthal 2011.

Die Motionäre seien anscheinend mit dem vom Gemeinderat eingeführten Gebäudestandard Langenthal 2011 nicht zufrieden. Der Gebäudestandard Langenthal 2011 weiche vom Gebäudestandard 2008 sowie vom [Gebäudestandard 2011](#) ab, weil er ein eigens und speziell auf die Stadt Langenthal zugeschnittener Standard sei. Der Gemeinderat habe den Gebäudestandard Langenthal 2011 am 9. März 2011 beschlossen, was dem Stadtrat am 9. Mai 2011 im Rahmen der Beratung zum Traktandum Nr. 5¹ mitgeteilt worden sei. Noch am gleichen Abend (9. Mai) sei der vorliegende Vorstoss eingereicht worden.

Wie den Akten zu entnehmen sei, halte der Gemeinderat am Gebäudestandard Langenthal 2011 fest, den er erst zwei Monate vor der Einreichung des vorliegenden Vorstosses beschlossen habe, weil sich die Gegebenheiten innert der kurzen Zeit nicht verändert haben.

In den Akten sei auch die Synopse über die drei Gebäudestandards enthalten. Punktuell weise sie auf folgende wichtige Unterschiede hin:

- **1. Neubauten:** Der Gebäudestandard 2008 sei vollständig in den Gebäudestandard Langenthal 2011 übernommen worden. Das heisse, dass der geforderte *Unterschied vom Gebäudestandard 2011* zum Gebäudestandard Langenthal 2011 darin bestehe, dass gemäss Gebäudestandard Langenthal 2011 *die Eignung für den MINERGIE-P-Standard zu prüfen ist*, wogegen gemäss [Energiesstandard 2011](#) *die Eignung für den MINERGIE-P-ECO-Standard anzustreben ist*.
- **2. Bestehende Bauten:** Der Gebäudestandard 2008 sei weitest gehend bis vollständig in den Gebäudestandard Langenthal 2011 übernommen worden. Das heisse, dass der geforderte *Unterschied vom Gebäudestandard 2011* zum Gebäudestandard Langenthal 2011 darin bestehe, dass gemäss Gebäudestandard Langenthal 2011 *die Eignung für den Standard von MINERGIE-Neubauten zu prüfen ist*, wogegen gemäss [Energiesstandard 2011](#) *der MINERGIE-Standard für Neubauten bei Modernisierungen anzustreben ist*.
- **3. Effizienter Elektrizitätseinsatz:** Der Gebäudestandard 2008 sei vollumfänglich in den Gebäudestandard Langenthal 2011 übernommen worden. Das heisse, dass der geforderte *Unterschied vom Gebäudestandard 2011* zum Gebäudestandard Langenthal 2011 darin bestehe, dass gemäss Gebäudestandard Langenthal 2011 *in 1. Priorität hocheffiziente Haushalt- und Bürogeräte gemäss [www.topten.ch](#) beschafft werden und dass alle Haushaltgeräte mindestens der Energieetikette Klasse A entsprechen*, wogegen gemäss [Energiesstandard 2011](#) *hoch effiziente Haushalt- und Bürogeräte nach [www.topten.ch](#) beschafft werden*.

¹ Abschreibung des Postulats Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2008 betreffend die Prüfung der Erarbeitung einer Richtlinie zur Umsetzung des Minergie-Standards bei allen städtischen Neu- und Umbauten (erheblich erklärt am 20. Oktober 2008)



- **4. Erneuerbare Energien:** Der Gebäudestandard 2008 sei grösstenteils in den Gebäudestandard Langenthal 2011 übernommen worden. Das heisse, dass der geforderte *Unterschied vom Gebäudestandard 2011* zum Gebäudestandard Langenthal 2011 darin bestehe, dass gemäss Gebäudestandard Langenthal 2011 *Erneuerbare Energien mindestens 20% des gesamten Wärmebedarfs von Neubauten decken*, wogegen gemäss *Energiestandard 2011 Erneuerbare Energien mindestens 40% des gesamten Wärmebedarfs von Neubauten decken*.

Der Gemeinderat sei vom Gebäudestandard 2008 abgewichen, weil er für die Stadt Langenthal zwar einen tieferen Wert aber mindestens einen Wert von 20% wolle. Wie die Motionäre richtig festgestellt haben, entspreche dies nichts Anderem als der gesetzlichen Vorgabe. Dennoch habe der Gemeinderat, die Formulierung aus dem Gebäudestandard 2008 in den Gebäudestandard Langenthal 2011 übernommen, wonach *zu prüfen ist, ob der ganze Wärmebedarf mit erneuerbaren Energien gedeckt werden soll*. Es handle sich dabei um ein vorgesehenes Minimum, was heisse, dass der Gemeinderat von Fall zu Fall beurteilen könne, allenfalls darüber hinaus zu gehen.

- **7. Bewirtschaftung:** Der Gebäudestandard 2008 sehe vor, *für den Betrieb der öffentlichen Einrichtungen Ökoheizöl und Ökostrom (naturemade oder gleichwertig) einzusetzen*, wogegen gemäss Gebäudestandard Langenthal 2011 in abgeschwächter Form vorgesehen sei, *den Einsatz erneuerbarer Energien respektive ökologischer Produkte (Ökoheizöl) anzustreben*. Auch in diesem Punkt gehe der Gemeinderat in Bezug auf die Verpflichtung weniger weit.

Wie den Ausführungen zu entnehmen sei, sei weitestgehend der Gebäudestandard 2008 übernommen worden. Die Begründung, weshalb der Gemeinderat einen eigenen Gebäudestandard eingeführt habe, habe sie bereits 9. Mai 2011 geliefert und könne auch den Akten entnommen werden.

Speziell erwähnenswert sei, dass mit Ausnahme des Wertes von 20% betreffend die erneuerbaren Energien, der Gebäudestandard Langenthal 2011 in allen Punkten über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehe.

Der Gebäudestandard Langenthal 2011 stelle eine Richtlinie und kein Gesetz dar. Der Gemeinderat müsse eine Begründung liefern, wenn er sich nicht daran halte, ohne dass es sich um eine Verletzung des Gesetzes handeln würde, wenn er keine Begründung liefern würde. Der Gemeinderat müsse jedoch keine Begründung liefern, wenn er sich über die Vorgaben hinaus an die Richtlinien halte.

Weil Langenthal mit dem Gebäudestandard Langenthal 2011 einen eigenen Standard eingeführt habe, treffe es zu, dass von Energiestadt sicher weniger Punkte für das Energie-Label erwartet werden können, weil der Gebäudestandard Langenthal 2011 eine etwas abgeschwächte Form des *Gebäudestandards 2011* von Energiestadt und EnergieSchweiz sei. Nichts desto Trotz gebe es Punkte, da Langenthal gegenüber vorher eine eigene Richtlinie eingeführt habe, worin klare Vorgaben für die öffentlichen Gebäude definiert seien.

Gestützt auf diese Ausführungen, beantrage der Gemeinderat die Nichterheblicherklärung der Motion.

Anna Aeberhard: Wie Gemeinderätin Christine Bobst richtig gesagt habe, werde die Stadt Langenthal trotzdem Punkte für das Energie-Label erhalten, obwohl Langenthal den Gebäudestandard Langenthal 2011 eingeführt habe. Die Motion sei aus zwei Gründen eingereicht worden:

- Der Titel "Gebäudestandard Langenthal 2011" suggeriere, dass damit auch der Gebäudestandard 2011 von Energiestadt und EnergieSchweiz eingeführt worden sei. Das sei aber nicht der Fall, weil der Gebäudestandard 2008 von Energiestadt und EnergieSchweiz als Grundlage verwendet worden sei, wobei bei einem wichtigen Punkt (Verwendung erneuerbarer Energien) Abstriche gemacht worden seien.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

- Der Punkt der erneuerbaren Energien sei auf den gesetzlichen Wert von Neubauten reduziert worden und zu Altbauten werden keine Aussagen mehr gemacht. Der Gemeinderat belasse zwar im Gebäudestandard Langenthal 2011 den Zusatz: *"es ist zu prüfen, ob der ganze Wärmebedarf mit erneuerbaren Energien bedeckt werden kann."*, was ihnen als Motionäre jedoch nicht weit genug gehe. Den Zusatz des Gebäudestandards 2008 und 2011 - namentlich 40% des gesamten Wärmebedarfs in Neubauten und 50% vom Wärmebedarf für Warmwasser bei Sanierungen durchzuführen - sei heute technisch machbar und wirtschaftlich tragbar. Weil zur Erreichung von MINERGIE oft auch in den Heizsystemen oder zur Warmwasserherstellung erneuerbare Lösungen eingesetzt werden müssen, seien die Zusatzanforderungen nicht als übermässig zu bezeichnen. Ausserdem müsse eine Energie-Stadt heute den Schritt in die Zukunft machen und sich der Herausforderung stellen, die Verschärfung des Gebäudestandards 2011 umzusetzen, womit der Weg in Richtung "2000-Watt-Gesellschaft" eingeschlagen werde.

Wie Gemeinderätin Christine Bobst bereits erwähnt habe, sei und bleibe der Gebäudestandard eine Richtlinie, die vom Gemeinderat lediglich die Prüfung von Projekten im entsprechenden Standard verlange. Bei übermässigen Mehrkosten könne immer noch die billigere Variante (mit Erdgas) gewählt werden, was aber begründet werden müsse.

Als Motionärin hoffe und danke sie für die Unterstützung der Motion mit Richtliniencharakter.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Eigentlich könnte er sich auf die Notizen von zwei bereits vergangenen Stadtratssitzungen stützen, an denen er sich bereits darüber ausgelassen habe, es völlig daneben zu finden, nicht den Gebäudestandard 2011 von Energiestadt und EnergieSchweiz übernommen zu haben. Zum Glück liege das Geschäft nun noch einmal auf dem Tisch, so dass es in der Fraktion eingehend habe besprochen werden können.

Die EVP/glp-Fraktion werde der Ablehnung der Motion aus mehreren Gründen nicht zustimmen:

- Die EVP/glp-Fraktion finde es wichtig, dass Entscheide, die der Gemeinderat fälle, die weitreichend seien und Einfluss auf die Bautätigkeit der Stadt haben, von den zuständigen vorberatenden Behörden beraten werden können. Zumindest die Bau- und Planungskommission sowie die Umweltschutz- und Energiekommission hätten sich zum Gebäudestandard auf jeden Fall äussern müssen. Damit wäre sicher auch die politische Einbindung dieses Standards besser gelungen.
- Der Punkt betreffend die erneuerbaren Energien werfe die Frage auf, warum 20% vorzuschreiben und damit das gesetzliche Minimum als Richtlinie zu nehmen, wenn in der heutigen Zeit bei Neubauten 40% problemlos erreichbar seien.

An dieser Stelle nehme er die anwesenden Verwaltungsräte der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) etwas in die Pflicht und richte den Appell an sie, die Zukunft der IBL so auszurichten, dass vorwiegend erneuerbare Energieträger zum Tragen kommen, um sich mittel- und langfristig von der Erdgas-Lösung trennen zu können. Mit den 20% statt 40% setze Langenthal eindeutig ein falsches Zeichen und signalisiere damit, nicht pro Energie-Stadt, sondern momentan pro IBL zu sein. Wenn die IBL sich aber selber bewege und dies nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion in die richtige Richtung tue, dann würde auch mit den 40% eine pro-IBL-Unterstützung erreicht.

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion sei grossmehrheitlich der selben Meinung wie der Gemeinderat. Langenthal tue bereits heute viel in Sachen Effizienz und Energie. Demgemäss sollte die ganze Thematik nicht an den 20% "aufgehängt" werden. Die FDP/jll-Fraktion glaube, dass nicht nur das maximal Mögliche, sondern auch das wirtschaftlich Vertretbare und Tragbare wichtig sei. In diesem Sinne unterstütze die FDP/jll-Fraktion die Nichterheblicherklärung des Vorstosses in Form der Motion als auch in Form eines Postulats.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Bernhard Marti, SP/GL-Fraktion: Genau wie nicht immer nur das maximal Mögliche getan werden müsse, sollte aber auch nicht immer nur das minimal Mögliche getan werden. Mit dem Gebäudestandard Langenthal 2011 passe die Stadt ihren Standard auf das Minimum beschränkt an, was doch wirklich schade sei. Die in der Vorlage verwendete Formulierung: "*ist zu prüfen*" helfe nicht wirklich weiter und lasse sich mit der Situation vergleichen, bei bestehendem Hunger nur zu prüfen, ob etwas gegessen werden soll, und damit weiterhin Hunger zu haben.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion finde die Überlegungen des Gemeinderates im jetzigen Zeitpunkt als richtig und werde der Nichterheblicherklärung des Vorstosses zustimmen.

Gemeinderätin Christine Bobst: Wie von Stadtrat Stefan Grossenbacher bemerkt, sehe es auch der Gemeinderat so, dass die Beurteilung zum jetzigen Zeitpunkt richtig sei, da der Gemeinderat theoretisch jeden Mittwoch die Gelegenheit hätte, die Richtlinien anzupassen.

Der Vorwurf von Stadtrat Bernhard Marti, nur das Minimum zu tun, könne nicht einfach so im Raum stehen gelassen werden. Der Gebäudestandard 2008 sei weitest gehend und nur mit Ausnahme der zwei erwähnten Punkte übernommen worden, womit der Gebäudestandard Langenthal 2011 ansonsten über das gesetzliche Minimum hinausgehe. Die Formulierung "*zu prüfen*" und "*ist anzustreben*" seien im übrigen Textstellen, die vom vorgegebenen Gebäudestandard 1:1 übernommen worden seien.

Was den Vorwurf betreffe, den Gebäudestandard nicht in den Kommissionen beraten zu haben, so erinnere sie sich, dass Stadtrat Manuel Ischi diese Kritik bereits an der Stadtratssitzung vom 9. Mai 2011 angebracht habe, was von ihr bereits damals zustimmend mit der Versicherung entgegen genommen worden sei, dass so etwas nicht mehr passiere. Auch mit der Wiederholung der Kritik, lasse sich das Geschehene aber nicht mehr ändern. Heute liege nun eine Motion auf dem Tisch, die jedoch - wie dies bei Motionen üblich sei - nicht in den vorberatenden Kommission behandelt werde, bevor die Erheblicherklärung vom Stadtrat nicht beschlossen worden sei. Aus diesem Grund habe sich der damals passierte Fehler auch in der Zwischenzeit nicht beheben lassen.

Was den Titel: "Gebäudestandard Langenthal 2011" anbelange, so habe der Gemeinderat selber gemerkt, dass diese Bezeichnung zu Verwechslungen führen könne. Die Wahl des Titels sei nicht in der Absicht erfolgt, Verwirrung zu stiften. Als der entsprechende Bericht und Antrag vom Stadtbauamt im Februar 2011 erstellt worden, sei der Titel "Gebäudestandard 2011" von Energiestadt und EnergieSchweiz noch nicht bekannt gewesen, ansonsten eine andere Titelwahl erfolgt wäre. Sie werde sich mit dem Gesamtgemeinderat besprechen, ob der Titel allenfalls noch angepasst werden könnte.

III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

Die Motion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011 **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 17 Stimmen Ja gegen 16 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Die Motion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011 **wird erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

12. Postulat Baumgartner Renato (SP) vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse für Mitglieder des Stadtrates; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: renato.baumgartner@langenthal.ch wäre eine solche Adresse, wie der Postulant für alle Mitglieder des Stadtrates eingerichtet haben möchte. Der Gemeinderat unterstütze das Postulat und den damit verbundenen Prüfungsauftrag.

Stadtratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Das Postulat Baumgartner Renato (SP) vom 9. Mai 2011: Einrichtung einer @langenthal.ch-Adresse für Mitglieder des Stadtrates wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

13. Postulat Burlon Ralph (SVP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Überprüfung/Optimierung der heutigen Aktenauflage; Stellungnahme

Stadtratspräsident Roland Christen: Wie zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung (Traktandum Nr. 0) informiert, habe Herr Stadtrat Ralph Burlon das traktandierte Postulat mit Mail vom 19. August 2011 zurückgezogen, womit die Beratung dazu entfällt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



14. Interpellation Morgenthaler Helena (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011 betreffend die Szene am Wuhrplatz in Langenthal; Beantwortung¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer: Die vorliegende Interpellation beinhalte *drei Fragen*:

1. *Wie weit sind die Gespräche und Verhandlungen in dieser Sache fortgeschritten?*
2. *Welche Lösungen zeichnen sich ab?*
3. *Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, wenn sich auch nachher immer wieder eine Szene auf dem Platz bilden wird?*

Der Gemeinderat stelle seit längerem mit Sorge eine zunehmende Ausbreitung der Alkohol- und Drogenszene im Stadtbild von Langenthal - namentlich im Raum Jurastrasse/Bärenscheune/Coop Tell - fest. Im Sommer 2010 habe der Gemeinderat deshalb eine fachlich breit zusammengesetzte Arbeitsgruppe unter seiner Leitung eingesetzt. Um das Problem differenziert anzugehen, seien das Sozialamt, das Contact Netz, ToKJO, das Langenthaler Polizeiinspektorat und die Kantonspolizei in die Arbeit eingebunden worden. Die erarbeiteten Vorschläge hätten zu einem Konzept geführt, das repressive, betreuende und flankierende Elemente bzw. Massnahmen umfasse. An der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 2011 sei das Konzept verabschiedet worden, welches sich bereits in der Umsetzungsphase befinde. Es soll weiter schrittweise ausgebaut und laufend auf seine Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls angepasst und verbessert werden. Weil mittlerweile konkrete Resultate vorliegen, könne die bereits am 28. Februar 2011 eingereichte Interpellation auch erst heute beantwortet werden.

An der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 2011 habe der Gemeinderat drei Massnahmenpakete beschlossen, deren Erklärung die Antworten auf die Fragen der Interpellation liefere:

- **Repressive Massnahmen:** Die Kantonspolizei sei angewiesen, ab sofort sämtliche Fusspatrouillen im Rahmen der im Ressourcenvertrag vereinbarten Leistungen mit Schwerpunkt auf die Präsenz im Bereich der Alkohol- und Drogenszene auszurichten. Stichworte: Präsenz, Überwachung, Kontrolle, Verfolgung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten. Ergänzend würden im Ordnungsdienst ausgebildete Fachkräfte der Securitas zum Einsatz kommen. Stichworte: Präsenz, Überwachung, Hinweis auf die Verhaltensregeln, Alarmierung, Feststellung der Identität unbekannter Besucher/innen.
- **Betreuende Massnahmen (Projekt SIP):** Personen, welche sich in der Szene aufhalten, sollen sich nicht nur an die Vorgaben des Strafrechts, sondern auch an die allgemein anerkannten Regeln, die im öffentlichen Raum gelten, halten. Stichworte: Keine Anpöbeleien und Belästigungen, die Benützung von Toiletten und Abfalleimern, keine übermässige Inanspruchnahme von öffentlichem Raum. Weiter sei es im Sinn des Gemeinderates, dass zu Menschen im Umfeld der Alkohol- und Drogenszene vermehrt aktiv Kontakt gesucht werde und Personen aus der Szene an die vorhandenen Hilfs- und Unterstützungsorganisationen verwiesen werden können. Hier greife das Projekt SIP (umfasst die Elemente Sicherheit, Intervention und Prävention).

SIP beschreibe eine Kombination von mobiler Sozialarbeit und Ordnungsdienst im öffentlichen Raum. Diese gekennzeichneten Teams sorgen für Sicherheit und Sauberkeit und setzen Regeln durch. Damit werden Konflikte verhindert und allenfalls Hilfe vermittelt. SIP werde im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit ToKJO umgesetzt.

¹ Am 24. Mai 2011 vom Gemeinderat beantragte und am 25. Mai 2011 vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung der Interpellation



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

- **Flankierende Massnahmen:** Das Grünareal, das sogenannte "Pärkli", werde gerodet und baulich zu einem Kiesplatz umgestaltet. Auf dem Areal werden Veloständer installiert und die vorhandenen Sitzgelegenheiten entfernt. Das Areal werde täglich gereinigt und allfälliges Mobiliar von Dritten sofort entfernt. Weiter werde die neue WC-Anlagen gebührenpflichtig. Mit den anstossenden Grundeigentümern werde der Kontakt gesucht, um die Unterstützung der beschlossenen Massnahmen durchzusetzen. Die Leitung des Einkaufszentrum Coop werde besonders angesprochen und in Bezug auf den Alkoholverkauf, die Durchsetzung von Ordnung und Anstand auf dem Areal Coop, speziell gefordert.

Das gemeinderätliche Konzept gelte als "Pilot" und sei vorläufig für ein Jahr beschlossen. Aus Sicht des Gemeinderates bleibe abschliessend zu ergänzen, dass sich eine Szene in unserer offenen Gesellschaft nicht auf NULL reduzieren lasse. Es soll aber möglich sein, dass sich alle an die Grundregeln des Zusammenlebens halten und, dass diese auch durchsetzbar seien. Dazu gehöre die Sauberkeit und die Hygiene im Allgemeinen. Letztlich seien alle gefordert, damit sich alle gefahrlos im öffentlichen Raum aufhalten können. Wogegen es nicht sein könne, dass eine Gruppierung öffentlichen Raum einfach "besetze".

Helena Morgenthaler: Herrn Gemeinderat Rolf Baer danke sie für die Beantwortung ihrer Fragen. Die Szenentätigkeit habe sich tatsächlich seit dem Frühling noch mehr zugespitzt. Je länger je mehr würden auch Mütter mit ihren Kindern auf dem Platz verkehren. Mitte Mai habe nicht nur sie, sondern auch andere Passanten mit Bestürzung festgestellt, dass sich sogar ein Spitalpatient mit dem Infusionsständer unter den Süchtigen befunden habe.

Sie hoffe, dass die drei von Herrn Gemeinderat Rolf Baer erwähnten Massnahmen greifen werden. Die Massnahmen bzw. das Pilotprojekt koste rund Fr. 128'00.000, was nicht wenig sei. Da die Polizei nun schwerpunktmässig mit der Drogenszene auf dem Wuhrplatz beschäftigt sei, werde sie leider an anderen Orten fehlen, was sie kritisch stimme und ihr zu Denken gebe. Weiter bringen die Securitas und andere Leute gemäss dem SIP-Konzept den Drogenabhängigen die nötigsten Verhaltensregeln bei, was die Frage aufwerfe, wozu es den Werkhof dann trotzdem noch jeden Tag brauche, um das Areal zu reinigen.

Alles in Allem sei sie mit der Antwort sehr zufrieden und erfreut, dass etwas unternommen werde. Jetzt hoffe sie, dass die Massnahmen greifen werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates vom 22. August 2011 sowie die Ausführungen der Interpellantin zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 22. August 2011

15. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



16 A. Eingereichtes Postulat Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2011: Optimierung der Badi-Öffnungszeiten

Postulatstext:

"Der Gemeinderat wird eingeladen, die Öffnungszeiten der Badi Langenthal am Abend zu überprüfen und zu optimieren.

Begründung:

Nach einem verregneten Juli sorgt nun Mitte August eine Hitzeperiode für Rekordfrequenzen in den Freibädern. Die Badi Langenthal war während des ganzen Monats Juli und bis 19. August abends bis 21 Uhr bzw. 20.30 Uhr (ab August) geöffnet. Der Abend des Samstag, 20. August 2011, war der wohl wärmste und schönste des bisherigen Sommers. Ausgerechnet an jenem Tag begann in der Badi Langenthal die Nachsaison, wodurch sich die Öffnungszeit am Abend auf 19.30 Uhr reduzierte.

Es ist klar, dass eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten, angepasst an die Witterungsverhältnisse, schwierig und vermutlich kaum praktikabel wäre. Trotzdem erscheint ein Überdenken der Öffnungszeiten für die nächste Saison aus aktuellem Anlass angebracht. Namentlich eine Verlängerung der Hauptsaison II (mit Badi-Schluss um 20.30 Uhr) um eine oder zwei Wochen wäre wünschenswert. Es scheint nicht undenkbar, dass der Entscheid über eine solche Verlängerung jeweils auch noch kurzfristig (bei bevorstehender Hitzewelle wie in diesem August) getroffen werden könnte."

Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



16 B. Eingereichte Interpellation Dietrich Pascal (JL) vom 22. August 2011 betreffend die drohende Herabstufung der Interregio-Linie Bern-Olten in eine RegioExpress-Linie

Interpellationstext:

"Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Verfügt der Gemeinderat über gesicherte Informationen darüber, ob und gegebenenfalls wann die SBB die Interregio-Linie Bern-Olten in eine RegioExpress-Linie umwandeln wollen?*
- 2. Sollte dies der Fall sein: Ist sich der Gemeinderat der beträchtlichen negativen Konsequenzen einer solchen Herabstufung für den Oberaargauer Hauptort bewusst?*
- 3. Gegebenenfalls: Was unternimmt der Gemeinderat (allenfalls in Zusammenarbeit mit den anderen Oberaargauer Gemeinden, namentlich Herzogenbuchsee, und dem kantonalen Amt für öffentlichen Verkehr), um die Herabstufung der Interregio-Linie zu verhindern?*

Begründung:

Die Interregio-Linie Bern-Olten mit ihren Bahnhöfen Burgdorf, Herzogenbuchsee und Langenthal (sowie teilweise Wynigen) stellt die Haupteinschliessung des Oberaargaus mit öffentlichem Verkehr an die Städte Bern, Olten und Zürich dar. Sie darf mit ihrem Halbstundentakt sicher als «Hauptschlagader» der Stadt Langenthal bezeichnet werden. Wie bereits vor einiger Zeit der Presse entnommen werden konnte, planen die SBB offenbar für das Jahr 2015 die Umstellung der Interregio-Linie auf RegioExpress-Züge. Gegenüber den Medien wurden diese Pläne damals von den SBB bestätigt. Seither sind allerdings zu diesem Thema von den SBB widersprüchliche Signale zu vernehmen. Aus diesem Grund drängt sich eine Klärung auf, namentlich deshalb, weil der Gemeinderat der Stadt Langenthal gehalten ist, gegebenenfalls möglichst frühzeitig zu reagieren.

Die Herabstufung der Interregio-Linie Bern-Olten in eine RegioExpress-Linie hätte für Langenthal und den ganzen Oberaargau einschneidend negative Konsequenzen. RegioExpress-Züge stellen eine tiefere Zugskategorie dar als Interregio-Züge. Entsprechend ist ihre Gewichtung bei der Anschlussgestaltung in den Fahrplänen markant tiefer. Den Oberaargauerinnen und Oberaargauern droht damit längerfristig eine empfindliche Verschlechterung der Anschlussverhältnisse in Bern und Olten; die durchgehenden Züge nach Zürich (heute stündlich) sind mindestens in Frage gestellt. Hinzu kommt, dass RegioExpress-Züge auch im Falle von Betriebsstörungen eine tiefere Priorität erhalten als Interregio-Züge.

Zu schlechter Letzt sollen die geplanten RegioExpress-Züge angeblich auch ohne Zugsbegleitung verkehren, was mit Blick auf Sicherheit und Service ebenfalls eine Verschlechterung bedeuten würde."

Pascal Dietrich

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



16 C. Eingereichte Interpellation Dietrich Pascal (JL) vom 22. August 2011 betreffend die Risiken von Strassenbelagsreparaturen für Velofahrerinnen und Velofahrer

Interpellationstext:

"Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Nach welchen Kriterien wird über die Art und Weise der Belagsreparaturen an den Langenthaler Gemeindestrassen entschieden?*
- 2. Wie schätzt der Gemeinderat das Sicherheitsrisiko der Reparaturvariante TeerSplit für Strassenbenutzer ein, namentlich für Velofahrerinnen und Velofahrer, aber auch für Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer?*
- 3. Sieht der Gemeinderat die Möglichkeit, in Zukunft auf die Reparaturvariante TeerSplit weitestgehend (mit Ausnahme reiner Fussgängerverbindungen) zu verzichten?*

Begründung:

Im Sommer werden an den Langenthaler Gemeindestrassen jeweils Reparaturarbeiten vorgenommen, um Frost- und andere Belagsschäden auszubessern. Diese Reparaturen erfolgen häufig mittels Teer und Split. Für Velofahrerinnen und Velofahrer sowie - auf Gemeindestrassen wohl in bescheidenem Ausmass - auch für Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer birgt diese Reparaturart erhebliche Risiken (Rutsch- und Schleudergefahr, generell erhöhte Verletzungsgefahr bei einem Sturz, spezifische Verletzungsgefahr durch wegspickenden Split bei überholenden Autos und Lastwagen). Gerade der vergangene Woche derart reparierte Belag der Jurastrasse zwischen Bahnhof und Aarwangenstrasse (ein Abschnitt, der täglich von hunderten Velofahrerinnen und Velofahrern benutzt wird) hat die Problematik wieder vor Augen geführt. Dem Vernehmen nach ist bereits ein Sturz eines Velofahrers mit Verletzungsfolgen zu verzeichnen gewesen.

Im vergangenen Sommer wurden die Frostschäden an der Tal- und der Wiesenstrasse mit einem Deckbelag aus Asphalt behoben. Diese Reparaturart ist zwar teurer, aber auch deutlich langlebiger. Im Interesse aller Velofahrerinnen und Velofahrer wäre es zu begrüssen, wenn die Langenthaler Gemeindestrassen nur noch mit Asphalt repariert würden."

Pascal Dietrich

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-